

Die erste münsterische Bischofswahl (1825) nach der Neuordnung des Domkapitels und ihre Vorgeschichte

von *Reimund Haas*

Aus: Das Domkapitel zu Münster 1823 – 1973 / hrsg. von Alois Schröer. – Münster : Aschendorff, 1976. – (Westfalia Sacra ; 5), S. [52] – 81.

[SONDERDRUCK]

Die erste münsterische Bischofswahl (1825) nach der Neuordnung des Domkapitels und ihre Vorgeschichte*

Reimund Haas

Mit der Säkularisation des Fürstbistums Münster fiel der relativ homogene Bezugsrahmen von geistlicher und weltlicher Herrschaft auseinander. Das neustrukturierte Domkapitel sah sich danach nicht nur einem gestärkten römischen Papsttum, sondern zum ersten Mal auch einem protestantischen Staat ausgesetzt. Aus dieser im Grunde bis zum Preußenkonkordat von 1929¹ dauernden Konstellation bietet sich besonders an die Zeit des restaurativen Staatskirchentums unter König Friedrich Wilhelm III. (1797—1840).

Im Gegensatz zu den Staat-Kirche-Konflikten der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts verliefen die Bischofsstuhlbesetzungen in Münster ohne größere äußere Streitigkeiten. Die münsterische Wahl des Jahres 1825 hat jedoch eine besondere Bedeutung, weil es sich bei ihr um die erste Wahl nach der Zirkumskriptionsbulle „De salute animarum“ in den neuen Gebieten der Kölner Kirchenprovinz handelt. So werden am Beispiel Münster zum erstenmal einige typische Merkmale und Probleme der Bischofswahl in Preußen bis zum Jahre 1840 sichtbar. Zum besseren Verständnis der Rechtsverhältnisse ist kurz auf das Schicksal der letzten Kurfürstenwahl und die Amtsführung der Kapitularvikare einzugehen, um die Bischofsstuhlbesetzungen von 1821 und 1825 abschließend in den größeren Rahmen der preußischen Bischofswahlen zu stellen.

I. DAS SCHICKSAL DER LETZTEN KURFÜRSTENWAHL VON 1801

Bereits bei der Münsteraner Koadjutorwahl von 1780 waren die Beeinflussungsversuche des Preußenkönigs Friedrich des Großen

* Dieser Beitrag gibt die wesentlichen Ergebnisse meiner Lizentiatsarbeit „Die Besetzung des Münsterer Bischofsstuhles unter Friedrich Wilhelm III. (1797—1840)“ wieder, die am 23. 4. 1975 von der Kath.-Theol. Fakultät der Ruhr-Universität Bochum angenommen wurde.

¹ Vgl. dazu: Dieter Golombek, Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordates (1929) (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B, Bd. 4), Mainz 1970. Bes. S. 58—64.

(1740—1786) und der Fürstenberg-Partei im Domkapitel an der Vorliebe der meisten Domherren für einen Erzherzog des Kaiserhauses und der höheren österreichischen Bestechungssumme von mehr als 1 000 000 Gulden gescheitert². Wie Preußen angesichts der in der Luft liegenden Säkularisation nach dem Tod des letzten Kölner Kurfürsten und Münsteraner Bischofs eine Neuwahl in seinem ‚Kompensationsobjekt‘ mit allen Kräften zu verhindern suchte, haben zuletzt Lipgens und Keinemann ausführlich dargestellt³. Die Umstände dieser letzten Kurfürstenwahl sind insofern von Bedeutung, als bei den nach 1815 einsetzenden Wiederbesetzungsbemühungen von allen daran beteiligten Parteien die Frage aufgeworfen wurde, ob der Münsteraner Bischofssitz vakant sei und wem demzufolge das Besetzungsrecht zustehe⁴.

Gegenüber den schon vor dem Ableben des Bischofs Max Franz von Österreich (27. Juli 1801) einsetzenden preußischen Interventionen sah das Domkapitel unter dem Einfluß des Domdechanten Ferdinand August von Spiegel⁵ bald die einzige Rettung für das Fürstbistum in einem Erzherzog des österreichischen Kaiserhauses. So sollten denn die beiden Kapitelsmitglieder, Weihbischof Caspar Max von Droste zu Vischering und Fürstbischof Ferdinand von Lünig aus Corvey, denen vor der Wahl neben dem Generalvikar Franz Wilhelm von Fürstenberg die größten Chancen eingeräumt wurden, erst zwei Jahrzehnte später auf den Stuhl des hl. Liudger gelangen. Trotz der zurückhaltenden Unterstützung der Wiener Reichsregierung waren die Münsteraner Domherren entschlossen, die Wahl um

² Vgl. Friedrich Keinemann, *Das Domkapitel zu Münster im 18. Jahrhundert* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission Westfalen XXII, Geschichtliche Arbeiten zur Westfälischen Landesforschung Bd. 11), Münster 1967, S. 176—185; Wilhelm Baum, *Die Wahl des letzten Erzherzogs Maximilian Franz zum Koadjutor des Kurstiftes Köln und des Fürstbistums Münster (1779/80)*, (Kajetan Eßer OFM zum 60. Geburtstag), in: *Mitteilungen des Institutes für Österreichische Geschichtsforschung* 81 (1973), S. 139—147.

³ Vgl. Walter Lipgens, *Ferdinand August Graf Spiegel und das Verhältnis von Kirche und Staat 1789—1835* (Die Wende vom Staatskirchentum zur Kirchenfreiheit), 2 Bde, Münster 1965, Bd. I, S. 68—78; Friedrich Keinemann, *Die letzte Münsterische Fürstbischofswahl im Jahre 1801* (Wahlbewegungen in den westfälischen Fürstbistümern von 1766—1801, Teil 3), in: *Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster*, hrsg. von Helmut Lahrkamp, Neue Folge Bd. 5, Münster 1970, S. 209—246; ders., *Domkapitel Münster*, S. 207—219; Zur Säkularisation vgl.: Hans Müller, *Säkularisation und Öffentlichkeit am Beispiel Westfalen*, Münster 1971.

⁴ Vgl. Lipgens, *Spiegel I*, S. 73 Anm. 83.

⁵ Ferdinand August Graf Spiegel (25. 12. 1764 — 1. 8. 1835), 1785 Domkapitular, 1799 Domdechant, 1813/14 ernannter Bischof von Münster, ab 1825 Erzbischof von Köln, vgl. Lipgens, *Spiegel I und II*, passim; ders., F. A. Spiegel, in: *Westfälische Lebensbilder*, Bd. IX, Münster 1962, S. 52—73.

jeden Preis durchzuführen. In Anwesenheit des in Münster herzlich empfangenen kaiserlichen Wahlkommissars wurde am 9. September einstimmig der gerade 22 Jahre alte Erzherzog Anton Viktor erwählt; ebenfalls ‚unanimiter‘ am 7. Oktober von dem Kölner Metropolitankapitel in Arnsberg⁶.

Das Münsteraner Domkapitel versuchte mit allen Mitteln, sein Recht und die Existenz des Hochstiftes zu retten. Domdechant Spiegel, am 22. August vom Erzherzog dazu beauftragt, nahm die Wahl in seinem Namen an und übersandte ihm sofort das Wahlinstrument mit der Ermahnung, „die erforderliche päpstliche Bestätigung beim römischen Hofe erwirken zu lassen“⁷. Da der Erwählte bis Anfang November nichts von sich hören ließ, schickte der stellvertretende Regierungschef die Wahlakten per Eilboten nach Rom, wo sie am 30. November dem Sekretär der Konsistorialkongregation Raffaele Mazio übergeben wurden⁸. Die Münsteraner Gesandten beim Reichstag und am Wiener Hof standen in der Folgezeit mit ihren verbalen Beteuerungen der Machtpolitik der Großmächte gegenüber und mußten sich mit ausweichenden Antworten der kaiserlichen Regierung zufrieden geben⁹.

Die preußische Regierung focht auf allen diplomatischen Ebenen die Gültigkeit der Wahl Anton Viktors an. Die fortwährenden Pro-

⁶ Vgl. Franz A. Höynck, Die Wahl des letzten Kurfürsten und Erzbischofs von Köln, in: Westfälische Zeitschrift 58 (1900), S. 210—222; August Heinrich Erhard, Die beiden letzten Münsterischen Fürstenwahlen, in: Allgemeines Archiv für die Geschichtskunde des Preussischen Staates 15 (1834), S. 3—46, 97—136, bes. 98 ff.; Otto Mejer, Zur Geschichte der römisch-deutschen Frage, 3 Bde, Freiburg 1885, Bd. I, S. 148 und die in Anm. 3 angegebene Literatur. Erzherzog Anton Viktor (31. 8. 1779—2. 4. 1835), Sohn Kaiser Leopolds II., 1804—1835 Hochmeister des Deutschen Ordens, vgl. Keinemann, Letzte Fürstbischofswahl, S. 219 Anm. 43; Friedrich Täubl, Der Deutsche Orden im Zeitalter Napoleons (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, hrsg. von Klemens Wieser, Bd. 4), Bonn 1966, passim.

⁷ Lippens, Spiegel I, S. 71.

⁸ Vgl. Beda Bastgen, Die Besetzung der Bischofssitze in Preußen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, 2 Bde, Paderborn 1941, hier Bd. I, S. 102; Raffaele Mazio (1765—1832) ab 1818 Sekretär der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, 1830 Kurienkardinal, vgl. Max Bierbaum, Vorverhandlungen zur Bulle De salute animarum (Ein Beitrag zur römisch-preussischen Kirchenpolitik aufgrund unveröffentlichter vatikanischer Archivalien) (Görresgesellschaft, Veröffentlichungen der Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaften, Heft 48), Paderborn 1927, S. 2 f. Anm. 3; Bastgen, Besetzung, passim (zeigt seinen Einfluß auf die Deutschlandpolitik der Kurie); Hierarchia catholica medii et recentioris aevi, Bd. VII, ed. Remigius Ritzler und Pirmin Sefrin, Padua 1968, S. 2, 543 u. ö.

⁹ Vgl. Höynck, Wahl des Kurfürsten, S. 214, 216; Keinemann, Domkapitel Münster, S. 215 f.; ders., Fürstbischofswahl, S. 231—233.

teste des für das Münsterland zuständigen Gesandten von Dohm konnten die Entschlossenheit der Kapitulare nur wenig erschüttern¹⁰. Nachdem Preußen bereits am 31. August auf dem Regensburger Reichstag die Suspension von Bischofswahlen gefordert hatte, fanden seine Proteste nach der Münsteraner Wahl Unterstützung bei den weltlichen Reichsständen, stießen aber auf den historisch-rechtlich begründeten Widerstand von Münster und Köln sowie anderer (machtpolitisch unbedeutender) geistlicher Stände. Wegen der Ohnmächtigkeit und Zurückhaltung des Reichsoberhauptes kam es in Regensburg zu keiner endgültigen Entscheidung¹¹. In Rom hatte der preußische Ministerresident von Uhden dafür sorgen sollen, „daß der Papst kein Breve eligibilitatis und kein Versprechen künftiger Wahlbestätigung abgebe, sondern im Gegenteil dem... Kathedralkapitel von Münster die Aufschiebung der Wahl befehlen solle“. Er konnte zumindest melden, daß Rom sich zur fraglichen Wahlsache vorübergehend passiv verhalte¹².

Der Wiener Kaiserhof, in dessen Händen das eigentliche Schicksal der Münsteraner Wahl lag, begnügte sich angesichts der prekären politischen Lage in Europa mit einer unentschlossenen Schaukelpolitik und hoffte, durch Pläne für eine bloße Teilsäkularisation noch etwas für die geistlichen Fürstentümer zu retten. Die preußischen Proteste wurden zwar als ungültig zurückgewiesen, doch erlaubte der Wiener Hof „dem gewählten Fürsten vor näherer Entwicklung der deutschen Angelegenheiten keinen decisiven Schritt“¹³. Aufgrund römischer Dokumente hat es als sicher zu gelten, daß der Kaiserhof den Erzherzog dann doch vorsichtshalber beim Papst um die Wahlbestätigung nachsuchen ließ. Den Beweggrund dafür sah der päpstliche Gesandte in Wien darin, daß man „das Recht und die Gültigkeit der Wahl in Händen“ haben wollte, „die ja nichtig würde, wenn man die Bestätigungsbullen nicht innerhalb der bestimmten Frist“ (von drei Monaten) erhält¹⁴. Obwohl der Reichsvizekanzler schon

¹⁰ Zu Christian Wilhelm von Dohm (1751—1820), bis 1801 preußischer Gesandter beim niederrheinisch-westfälischen Kreis, vgl. Max Braubach, Ch. W. von Dohm, in: Westfälische Lebensbilder, Bd. V, Münster 1937, S. 238—258; Keinemann, Fürstbischofswahl, S. 217—228.

¹¹ Vgl. auch: Offizielle Aktenstücke über die Wahl eines neuen Kurfürsten von Köln und Fürstbischofs von Münster im August und September 1801, o. O. 1801.

¹² Franciscus Hanus, Die Preussische Vatikangesandtschaft 1747—1920, München 1954, S. 71; Über Johann Daniel Wilhelm von Uhden, bis 1802 erster Preusse als Ministerresident beim Vatikan, vgl. ebenda, S. 50—77.

¹³ Bericht des Gesandten von Ketteler vom 21./23. 10. 1801: Keinemann, Fürstbischofswahl, S. 235.

¹⁴ Kardinal Giuseppe Albani (Außerordentlicher Gesandter in Wien) an Kardinal-

im August 1802 in einem Gutachten so gut wie keine Chance mehr für Münster sah, erklärte Kaiser Franz II. (1792—1806) noch am 14. Oktober das Vorgehen der beiden Kapitel für pflicht- und verfassungsgemäß und den preußischen Protest für eine Annahme¹⁵.

Das Verhalten des gewählten Erzherzogs stand ganz im Schatten der Wiener Politik. Auf die wiederholten Vorstellungen der Münsteraner, sein Amt doch anzutreten, antwortete er am 19. Oktober 1801, „daß er sich außerstande sehe, dem geäußerten Wunsche der Kapitularversammlung wegen der Übernahme der Regierung zu entsprechen, verschiedene Umstände gestatteten (ihm) in diesem Augenblick nicht, (sich) dieser übernommenen Pflicht zu unterziehen“. Daher möge das Kapitel das Bistum „sede impedita“ leiten¹⁶. Am 24. November soll er dann in Rom um die Bestätigung seiner Wahl nachgesucht haben, und auch die Tonsur ließ er sich heimlich erteilen; bereitete sich aber schon im gleichen Jahr auf die geistliche „Ersatz-Karriere“ als Hochmeister des Deutschen Ordens vor¹⁷. Noch vor dem offiziellen Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 verzichtete Anton Viktor am 4. Oktober 1802 auf dem Reichstag auf seine durch die Wahl erworbenen Rechte¹⁸. Dieser Verzicht wurde 1817 von Rom als vor einer „unkanonischen Instanz“ und demzufolge als rechtsungültig betrachtet¹⁹.

Über den Wiener Nuntius Luigi Ruffo-Scilla hatte der Kaiserhof Papst Pius VII. (1800—1823) rechtzeitig vor der Wahl um das ‚Breve eligibilitatis‘ und die erforderliche Altersdispens ersucht. Vermutlich auf Anraten Staatssekretär Consalvis wurde dieses am

staatssekretär Consalvi 5. 12. 1801: Bastgen, Besetzung, S. 105; vgl. auch Bericht des Kardinallegaten Johann Baptist Caprara (Paris) an Consalvi 13. 2. 1802, in: Documents sur la Négociation du concordat et sur les autres rapports de la France avec le Saint-Siège en 1800 et 1801, éd. par Boulay de la Meurthe, 5 Bde, Paris 1891—1895, Bd. V., Nr. 1156 (S. 138).

¹⁵ Vgl. Bericht des Reichsvizekanzlers an den Kaiser 9. 12. 1801: Bastgen, Besetzung, S. 104.

¹⁶ Anton Viktor an das Domkapitel 19. 10. 1801: Erhard, Fürstenwahlen, S. 131 f; auch Bericht des Reichsvizekanzlers vom 9. 12. 1801 und Gutachten C. A. Droste-Vischerings vom 11. 10. 1814: Bastgen, Besetzung, S. 104 und 113 (mit falschem Datum).

¹⁷ Gutachten Drostes vom 11. 10. 1814: Bastgen, Besetzung, S. 114, auch S. 102 und 107 f. Zu seiner Tätigkeit im Deutschen Orden vgl. Täubl, Deutsche Orden, S. 74—77, 83—86.

¹⁸ Keinemann, Domkapitel Münster, S. 218 f; ders., Fürstbischofswahl, S. 246; Bastgen, Besetzung, S. 107 (gibt fälschlich Dezember an).

¹⁹ Vgl. Gutachten Luigi Lambruschinis, damals Sekretär der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, später Kardinalstaatssekretär, vom 11. 1. 1817: Bastgen, Besetzung, S. 102, 172—174.

16. August 1801 ausgestellt, allerdings in der allgemeinen Formulierung „für zwei Kirchen in Deutschland“²⁰. In Rom wollte man „ja keinen Anstoß erregen, da Köln (teilweise) schon mit Frankreich vereinigt war und seine Säkularisation bevorstand“. Der Papst habe sich angesichts der normalerweise dem Kaiser zu gewährenden Bitte „in einer heiklen Lage befunden“. Er habe das Breve auch ausgestellt, „in der Hoffnung, daß vielleicht dadurch das Kurfürstentum Köln erhalten werde, für dessen Erhaltung einzutreten seine Pflicht sei“²¹.

So wie Rom bereits bei der Ausstellung des Wählbarkeitsbrevés aus politischen Rücksichten vorsichtig taktiert hatte, war auch seine Haltung halbherzig auf das vom Erzherzog am 24. November an den Papst gerichtete Gesuch „um Bestätigung der Wahl und Aufschub der Weihen“. Nach einer Anweisung Consalvis vom 20. Januar 1802 habe man beim Hl. Stuhl „den Vorwand vorgeschützt“, den für Bestätigung und Präkonisation notwendigen Informativprozeß über die Person des Erzherzogs und den Zustand der Kirche noch nicht erhalten zu haben. Somit habe man „die Sache umgangen, ohne sich und die Mächte bloßzustellen“. Dem kaiserlichen Botschafter in Rom sei versichert worden, „daß das dem Erzherzog keinen Nachteil brächte hinsichtlich der Devolution (des Wahlrechtes) an den Heiligen Stuhl nach drei Monaten, da ja die Bitte um Bestätigung innerhalb der genannten Zeit erfolgt sei“²².

Dieser Standpunkt entspricht der auch sonst zu beobachtenden kurialen Einstellung gegenüber der Säkularisation der Reichskirche²³. Bastgen sieht zurecht als Grund dieses Hinauszögerns der Bestätigung ein Rücksichtnehmen auf die Politik Napoleons, „was hier einer Weigerung gleichkam“²⁴. Dementsprechend konnte der preußische Beauftragte Uhden auch am 23. März 1802 melden, daß Papst Pius VII. „die Köln-Münsterische Bischofswahl anscheinend still-

²⁰ Höynck, Wahl des Kurfürsten, S. 219 (Lateinischer Text im Auszug); auch Bastgen, Besetzung, S. 99–101; Hans Westerburg, Preussen und Rom an der Wende des 18. Jahrhunderts (Kirchenrechtliche Abhandlungen, hrsg. von Ulrich Stutz, Heft 48), Stuttgart 1908, ND Amsterdam 1965, S. 145 f.

²¹ Consalvi an Kardinal Spina (Nuntius in Paris) 16. 8. 1801: Boulay de la Meurthe, Documents sur la négociation, Bd. III, Nr. 738.

²² Consalvi an Kardinallegat Caprara (Paris), 26. 1. 1802: Boulay de la Meurthe, Documents sur la négociation, Bd. V, Nr. 1107; auch Bastgen, Besetzung, S. 103. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die Hierarchia catholica, Bd. VII, S. 269 die Wahl nicht kennt.

²³ Vgl. Heribert Raab, Der Untergang der Reichskirche in der großen Säkularisation, in: Handbuch der Kirchengeschichte, hrsg. von Hubert Jedin, Bd. V (Freiburg 1970), S. 533–554, bes. S. 549.

²⁴ Bastgen, Besetzung, S. 103.

schweigend supprimiert habe“²⁵. Daß der Erzherzog die Bestätigung dann „in der Tat erhielt“, wie es Luigi Lambruschini 1817 in seinem Gutachten behauptete, ist eher ein kanonistisches Postulat, denn quellenmäßig zu belegen²⁶. Mit dem preußisch-französischen Vertrag vom 23. Mai 1802 war dieser Unsicherheitszustand beendet und das Schicksal des Fürstbistums besiegelt. Münster kam, zunächst nur vorübergehend, unter die Krone Friedrich Wilhelms III.²⁷

II. MÜNSTER UNTER KAPITULARVIKAREN (1802—1817)

Ein zweiter Fragenkomplex, der in den Noten und Dokumenten anlässlich der Transferierung Lünings ausführlich erörtert wurde, bestand in der Rolle des ernannten Bischofs Spiegel, der Haltung des Kapitularvikars Clemens August von Droste zu Vischering und der Verfassung des Domkapitels. Aus dieser wechselvollen Geschichte zwischen 1802 und 1817, die sich u. a. in Denkschriften widerspiegelt²⁸, sei hier nur kurz auf die sich wandelnde Struktur des Domkapitels und die Stellung der Bistumsverweser eingegangen.

Nach der Okkupation durch Preußen (3. August 1802) lag die Leitung des verwaisten Bistums bis 1807 in Händen des Generalvikars Franz Wilhelm von Fürstenberg. Sein Nachfolger als Kapitularvikar wurde am 9. Juli 1807 Clemens August von Droste zu Vischering²⁹. Preußen und die anderen weltlichen Herrscher zogen das Vermögen des Domkapitels ein und beschränkten es auf geistliche Funktionen. Sie versuchten es dadurch ‚auszutrocknen‘, daß sie die Wiederbesetzung vakant gewordener Kanonikate untersagten. Von Preußen am 6. Oktober 1806 aufgehoben, von Holland wieder ein-

²⁵ Hanus, Vatikangesandtschaft, S. 72.

²⁶ Gutachten Lambruschinis 11. 1. 1817: Bastgen, Besetzung, S. 172—174, vgl. auch Anm. 19.

²⁷ Vgl. Lipgens, Spiegel I, S. 74; Keinemann, Domkapitel, Münster, S. 219; ders., Fürstbischofswahl, S. 238 f.

²⁸ Vgl. Denkschrift Spiegels „Notizen das Bistum Münster betreffend“ 8. 9. 1814: Lipgens, Spiegel II, S. 617—621 (Nr. 34); C. A. Droste zu Vischering, „Denkschrift zur Geschichte des Bistums Münster 1801—1814“ Rom 11. 10. 1814: Bastgen, Besetzung, S. 113—140.

²⁹ Clemens August Droste zu Vischering (2. 1. 1773—19. 10. 1845), 1791/93 Domkapitular in Münster, 1827 Weihbischof, 1830 Domdechant, 1835 Erzbischof von Köln, Kölner Wirren, vgl. Heinrich Schrörs, Die Kölner Wirren (1837) (Studien zu ihrer Geschichte), Berlin/Bonn 1937, passim; Walter Lipgens, Art. C. A. Droste zu Vischering, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. IV (Berlin 1959), S. 133—135.

gesetzt, löste ein Dekret Napoleons vom 14. November 1811 das Münsteraner Domkapitel in seiner alten Form auf³⁰.

Im Rahmen der napoleonischen Neuordnung Europas wurde in Münster am 24. August 1812 wieder ein Kapitel von Bonapartes Gnaden errichtet. Nicht-Priester und nicht im Empire lebende Kanoniker des ehemaligen Adels-Kapitels wurden ausgeschlossen und zu den so verbleibenden sechs alten Domherren fünf aus dem bürgerlichen Stand berufen. Den Domdechanten Spiegel, nicht Mitglied dieses neuen Kapitels, ernannte der französische Kaiser am 14. April 1813 zum Bischof von Münster. Um dieser kanonisch ungültigen Ernennung etwas kirchlichen Anstrich zu verleihen und den Widerstand des in seinem Amt beharrenden Kapitularvikars Clemens August zu umgehen, wählte auf „Wunsch“ der Regierung die Mehrheit der Kapitulare Spiegel „zum zweiten Vicarius Capituli“ und Droste mußte ihm die zur Leitung der Diözese notwendigen geistlichen Fakultäten subdelegieren³¹.

Mit der Wiederbesetzung Münsters durch die Preußen (Herbst 1813) und der Befreiung Pius VII. aus der französischen Gefangenschaft, begann sich auch der makropolitische Rahmen für das Bistum zu stabilisieren. Der „ernannte Bischof“ Spiegel wurde vom preussischen König anerkannt, da man in Berlin die vorgefundene kirchliche Verfassung zunächst unverändert lassen wollte³². Sich selbst seiner unkanonischen Stellung bewußt geworden, machte er der Regierung den Vorschlag, die Bistumsverwaltung weder ihm noch Droste-Vischering zu übertragen, „sondern einen Apostolischen Vikar zu ernennen“ um alle Religionssachen „hieselbst im Gange und dennoch Rücksichten auf künftige Einrichtungen auch deutscher Kirchenverfassung freie Hände zu halten“³³. Ohne Spiegel schwer zu beschuldigen, bat Droste-Vischering über den in Münster residierenden Vizesuperiör der holländischen Missionen, Aloysius Ciamberlani, den Papst um Anweisungen zur kanonischen Wiederherstellung der Kirchenorganisation³⁴. Um sich selbst gegen den möglichen Vorwurf zu rechtfertigen,

³⁰ Vgl. Keinemann, Domkapitel Münster, S. 219—221 und die in Anm. 28 angegebene Literatur.

³¹ Vgl. Bericht Ciamberlanis an Kardinal Bartholomaeo Pacca (Wien) 2. 7. 1814: Bastgen, Besetzung, S. 109; auch Lipgens, Spiegel I, S. 144—168.

³² Vgl. Staatsarchiv Münster (StM), Oberpräsidium 1939, Bd. I, z. B. Innenminister Schuckmann an Vincke 25. 9. 1815 und ders. an Droste-Vischering 1. 12. 1815.

³³ Spiegel an Staatskanzler Hardenberg 4. 3. 1815: StM, Nachlaß F. A. von Spiegel (Sp. N.), Nr. 219; auch Lipgens, Spiegel I, S. 198.

³⁴ Bericht Ciamberlanis vom 24. 5. 1814: Bastgen, Besetzung, S. 109—111; Aloysius Ciamberlani (25. 3. 1748 [Mark Ankona] — 29. 1. 1828 [Münster]), 1795 Vizesuperiör der Holländischen Missionen, residierte spätestens ab 1806 fest

seine Vollmachten 1813 einem von einem weltlichen Fürsten nominierten und vom Papst nicht bestätigten Bischof übertragen zu haben, reiste Droste im September 1814 selbst für ein halbes Jahr nach Rom³⁵. Hier überreichte er eine umfangreiche Denkschrift „Zur Geschichte des Bistums Münster von 1801 bis 1814“, nach der das alte Domkapitel als Körperschaft kirchlichen Rechtes alle weltlichen Eingriffe überdauert habe und die Bistumsverwaltung in seiner Person erhalten geblieben war. Seine Vorschläge zur Reorganisation waren noch wesentlich vom Geist der alten Reichs- und Adelskirche geprägt³⁶.

In zwei Sitzungen am 15. September und 10. November 1814 befaßte sich die „Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten“ der Kurie mit dem Zustand der Kirche in Münster. Während man mit Spiegel und den Kanonikern scharf ins Gericht ging und ihnen strenge Strafen androhte, ließ man gegen Droste-Vischering angesichts seiner tiefen Kirchen- und Papsttreue große Milde walten. Er wurde als Kapitularvikar bestätigt und beauftragt, öffentlich die Vollmachten von Spiegel zurückzufordern und das sog. neue Kapitel aufzulösen, um die alten Kapitulare wieder in ihre Rechte einzusetzen³⁷.

Die Ausführung dieser und anderer römischer Anweisungen brachte Droste „in schwere Verwicklungen mit der neuen Regierung“³⁸, über die er heimlich sehr ausführlich nach Rom berichtete. Da er bei Spiegel keinen Widerstand antraf, konnte er ihm die Subdelegation entziehen. Ohne Vorwissen der staatlichen Behörden verkündete er der Geistlichkeit, daß er die Bistumsverwaltung wieder an sich genommen habe. Weitere Maßnahmen gegen den „Domdechanten“ Spiegel und zur Reorganisation des alten Kapitels wagte er nicht, da er damit in einen noch größeren Konflikt mit dem Ober-

in Münster. Spielte eine wichtige Rolle in der Kölner Kirchenprovinz, da man in Rom ihn als guten Kenner der Lage schätzte. Er wurde von Preußen als „Privatmann“ geduldet, vgl. Bierbaum, Vorverhandlungen, S. 33—39; Nikolaus Anton Lepping, Kurzgefaßte Chronik der Stadt Münster 1784—1832, S. 71; Stadtarchiv Münster Abt. XV, 147.

³⁵ Vgl. Schrörs, Wirren, S. 195; Bastgen, Besetzung, S. 112 f, 140 f.

³⁶ Vgl. Drostes Denkschrift 11. 10. 1814: Bastgen, Besetzung, S. 113—140, bes. die Artikel 9, 10, 18, 21, 23—25.

³⁷ Vgl. Erwin Ruck, Die Vorgeschichte der Besetzung des Bistums Münster im Jahre 1820, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 15 (1913), S. 119—145, bes. 127 f, S. 142—145 (Die Protokolle der beiden Sitzungen); auch Bastgen, Besetzung, S. 146.

³⁸ Breve Pius VII. vom 4. 10. 1814 und päpstliche Anweisung vom 23. 10. 1814: StM, Oberpräsidium 1939 I; Bastgen, Besetzung, S. 142; Schrörs, Wirren, S. 196, S. 204; Lipgens, Spiegel I, S. 201 f.

präsidenten Vincke geraten wäre³⁹. Dieser hatte bereits versucht, ihn wegen Umgehen des Placets für die römischen Anordnungen von der Bistumsleitung auszusperrern. Im Kapitel selbst widersetzte sich eine „Spiegel-Partei“ unter Führung des Domherrn von der Lippe den päpstlich-drosteschen Absichten und bat die Regierung um Anerkennung des begründeten Rechtsstandes⁴⁰.

In einem salomonischen Urteil rügte die Berliner Regierung am 25. September 1815 Droste-Vischering wegen seines Vorgehens ohne die Zustimmung der weltlichen Behörden; zugleich wurde er vom König als Kapitularvikar anerkannt. Das Kapitel wurde „ad interim“ und „in generale“ bestätigt: d. h. bis zu einer päpstlichen Neuordnung. Die von Frankreich kreierte Domherren durften wegen ihres zweifelhaften Status nur am Chordienst teilnehmen, nicht aber — wie auch die Kapitelsprotokolle zeigen — an den Versammlungen des Kapitels. Mit Ausnahme des Herrn von der Lippe erhielt der Kapitularvikar auch die geforderte Entschuldigung für die „Wahl“ Spiegels im Jahre 1813⁴¹.

Weit mehr als die Vorschläge Drostes von 1814 entsprachen die Anordnungen des Staates der veränderten Situation der Kirche. Ihr für das 19. Jahrhundert richtungweisendes Ziel war, „den Ausschluß von Nichtadeligen, die Zulassung von Minderjährigen und Ungebildeten, im allgemeinen von Personen, denen Wille und Fähigkeit mangelt, ihr Leben im Dienste der Kirche zu widmen, gänzlich zu verbieten, da viele politische Beweggründe, die einst solche zuließen, nicht mehr in Betracht kommen“⁴².

In Rom verfaßte man zwar ausführliche Gutachten zugunsten des „treuen und eifrigen“ Kapitularvikars, ließ ihn aber ohne Unterstützung und Antwort, da sich auf diplomatischer Ebene eine andere Entscheidung anbahnte⁴³. Schon nach dieser kurzen Skizze der Spannungen um Droste in Münster ist sein Bericht vom 4. Mai 1815

³⁹ Ludwig Freiherr Vincke (23. 12. 1774—2. 12. 1844), 1804—1807 Präsident der Kriegs- und Domänenkammer Münster, ab 1815 Oberpräsident der Provinz Westfalen, vgl. Dietrich Wegmann, Die leitenden staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen 1815—1918 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission Westfalen, XXIIa), Münster 1969, S. 52—82; und zuletzt: Wolfgang Leesch, Der Nachlaß des Oberpräsidenten Vincke im Staatsarchiv Münster, in: Westfalen 51 (1973), S. 318—321.

⁴⁰ Vgl. Berichte Drostes vom 6. 4. und 22. 4. 1815: Bastgen, Besetzung, S. 141—145 bzw. 146—148; zu Wilhelm Anton von der Lippe zu Wintrup (1763—1823) vgl. Keinemann, Domkapitel Münster, S. 325.

⁴¹ Vgl. Lipgens, Spiegel I, S. 204—207; Bastgen, Besetzung, S. 151—153.

⁴² Bastgen, Besetzung, S. 152.

⁴³ Gesamtbericht Mazios (o. D.) und des Benediktiners Paul Dumont (o. D.): Bastgen, Besetzung, S. 148—150, 153—156.

nicht überraschend. Danach habe er Anzeichen dafür gefunden, daß Oberpräsident Vincke „die Unmöglichkeit sah, ihn von der Ausübung der Vollmachten abzuhalten. Deshalb habe er der Regierung den Plan unterbreitet, dem römischen Hof einen Dritten vorzuschlagen, damit dieser die Verwaltung übernehme. Da die Regierung diesen Vorschlag günstig aufgenommen habe, ihn vielleicht auch in Wien (auf dem Wiener Kongreß) betreiben werde“, wollte er aus seiner Sicht in Rom darauf aufmerksam machen⁴⁴.

III. MÜNSTER UND DIE VORVERHANDLUNGEN ZUR ZIRKUMSKRIPTIONSBULLE

Seit dem Jahre 1814 verdichteten sich bei der Berliner Regierung die Pläne für ein Abkommen mit dem Papst über die Neugliederung der Bistümer, die Dotation der Kirche sowie die Besetzung der Domkapitelstellen und der Bischofsstühle. Nach dem Scheitern von kirchlichen Reorganisationsplänen für ganz Deutschland auf dem Wiener Kongreß begab man sich im Bewußtsein von grundlegend unterschiedlichen Auffassungen nur zögernd an die Ausarbeitung der preußischen Erwartungen. Noch bevor diese Überlegungen ihren Niederschlag in der Instruktion vom 5. Mai 1818 fanden, strebte Berlin für Münster eine separate Lösung an⁴⁵.

Die früheste Nachricht von der Vorgeschichte dieser Erstbesetzung in der Kölner Kirchenprovinz gibt uns Bastgen aus dem Vatikanischen Archiv: Nach einem Brief des „Innenministers Schuckmann an den Fürstbischof von Corvey vom 2. September 1815 sei es die Absicht des Königs, daß er (Lüning) als Bischof von Münster die Leitung der Diözese übernehme“⁴⁶. Wie bereits Mejer angedeutet hatte, gehörte die Wiederbesetzung Münsters zu den ersten Aufträgen des im

⁴⁴ Drostes Bericht vom 4. 5. 1816 (nach einer Relation für Kardinal di Pietro): Bastgen, Besetzung, S. 148.

⁴⁵ Zu den preußischen Überlegungen vgl.: Emil Friedberg, *Der Staat und die Bischofswahlen in Deutschland* (Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Kirche und ihres Verhältnisses zum Staat), Leipzig 1874, ND Aalen 1965, S. 43—47; Mejer, *Geschichte der römisch-deutschen Frage*, Bd. II, 2, S. 3—116.

⁴⁶ Bastgen, *Besetzung*, S. 161 f. Anm. 34 a; Ferdinand Hermann Maria von Lüninck (Lüning) zu Niederpleis (15. 2. 1755—19. 3. 1825), *Studium der Rechtswissenschaft in Göttingen, Kammerherr und Hofrat beim Kurfürsten Max Franz in Bonn, 1791/93 Domkapitular in Münster, 1794 entscheidende Rolle bei der Umwandlung der Abtei Corvey in ein Fürstbistum, 1795 Bischof dort*. Vgl. Heinrich Börsting, Alois Schröer, *Handbuch des Bistums Münster, Münster* 1946, Bd. I, S. 112; Keinemann, *Domkapitel Münster*, S. 350.

Sommer 1816 in Rom eingetroffenen preußischen, „envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire“ Niebuhr⁴⁷.

In seiner Note vom 10. Dezember 1816 erschien — ohne auf die Verhältnisse um Droste direkt einzugehen — „die Besetzung Münsters als ein Wunsch des Königs, der aus dem allgemeinen Verlangen fließt für seine Untertanen in den zurückgekommenen und eroberten Provinzen die katholische Hierarchie... wiederherzustellen. Denn wenn man das nicht tue, habe die Besetzung der Bistümer durch Kapitularvikare kein Absehen“. Dies war als Seitenhieb auf Droste gemeint. Da die Bestätigung der Wahl Anton Viktors nicht erfolgt sei, er auf dem Reichstag auf seine Rechte verzichtet habe und Preußen ebenso wie Rom das napoleonische Zwischenspiel für „null und nichtig“ ansehe, sei der Bischofssitz erledigt. Gemäß dem Kirchenrecht — so räumt Niebuhr ein — „könnte man einfach die Erledigung des Bistums Münster erklären und das Kapitel wählen lassen. Aber der König fürchtete, „daß die Postulation des Bischofs von Corvey nicht die genügende Anzahl von Stimmen (= zwei Drittel) vereinige“. Eher scheinheilig und diplomatisch als der preußischen Kirchenpolitik entsprechend war die Bemerkung: „Von einem Versuch aber, auf die Wahl einzuwirken, wollte (der König) absehen. Wenn nun der Papst die Befürchtung des Königs hinsichtlich einer stürmischen Wahl und einer Spaltung, die kein Ende nehme, teile, werde er wohl zu einem Mittel greifen, das ihm in außerordentlichen Fällen zu Gebote stände, nämlich selbst die Ernennung des Bischofs, unbeschadet der Rechte des Kapitels für die Zukunft, vorzunehmen“⁴⁸.

Die innerkuriale Meinungsbildung zu diesem Berliner Vorschlag fand in zwei von Consalvi in Auftrag gegebenen Gutachten statt. Nach der Stellungnahme Lambruschinis, des späteren Kardinalstaatssekretärs Gregors XVI., mußte, um dem Einfluß des Königs von Preußen vorzubeugen, dem Hl. Stuhl die Erhaltung des Wahlrechtes des Kapitels sehr am Herzen liegen. Deshalb sollte man dem Bischof ein Wählbarkeitsbreve ausstellen und dem Kapitel seine Wahl nahelegen. Vor einer Entscheidung wären aber noch die Berichte des Wiener Nuntius über die schweren Verletzungen der Freiheit und der Rechte der Kirche von Preußen, besonders in Breslau, abzuwarten⁴⁹.

⁴⁷ Vgl. Mejer, Geschichte der römisch-deutschen Frage, Bd. II, 2, S. 15 Anm. 1, Barthold Georg Niebuhr (1776—1831), bekannter Althistoriker, ab 1806 in preußischen Diensten, 1816—23 Gesandter beim Hl. Stuhl, vgl. Hanus, Vatikangesandtschaft, S. 154—195.

⁴⁸ Note Niebuhrs an Consalvi 10. 12. 1816: Bastgen, Besetzung, S. 161—166.

⁴⁹ Gutachten Lambruschinis 11. 1. 1817: Bastgen, Besetzung, S. 172—174; Luigi Lambruschini (1776—1854), ab 1815 Sekretär der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, 1836—1846 Kardinalstaatssekretär, im

Staatssekretär Consalvi und der Papst folgten jedoch nicht dem vom Rechtsstandpunkt geprägten Denken Lambruschini; vielmehr nahmen sie aus diplomatischen Rücksichten den auch von Mazio befürworteten preußischen Vorschlag an. Denn „die Erfüllung des preußischen Wunsches forderte nicht nur keine Opfer, sondern bot auch Gewinn für die Kirche“⁵⁰.

Deutlicher noch als in der offiziellen Antwortnote an Niebuhr vom 3. Mai kommt der Standpunkt Consalvis in der kircheninternen, geheimen Anweisung vom 30. April an Ciamberlani zum Ausdruck. Angesichts des offenkundigen Verzichtes des erwählten Erzherzogs erkläre der Papst kraft seiner höchsten Autorität(!), daß Münster vakant sei. Das Wiederbesetzungsrecht werde de jure dem Kapitel zugestanden. Wegen der Befürchtung von Auseinandersetzungen im Kapitel — bei denen wohl Spiegel oder einer der Droste-Brüder die größten Aussichten auf den Bischofsstuhl gehabt hätten — werde das Besetzungsrecht für dieses Mal vom Papst beansprucht. Für künftige Fälle sei es dem Domkapitel zugestanden⁵¹.

Daß Consalvi die Erstbesetzung Münsters als Präzedenzfall sowohl für die Wahrung des Kapitelwahlrechtes als auch für die erwartete Neuregelung der preußischen Diözesanangelegenheiten ansehen wollte, geht aus der offiziellen Antwort vom 3. Mai 1817 an Niebuhr hervor. Außer den bereits in der Note an Ciamberlani geäußerten Punkten erfuhr der Gesandte, daß Lünig als Kanoniker von Münster und bei dem Vertrauen, daß er beim König genieße, dem Papst sehr willkommen war. In der Transferierung sah Rom auch eine Entschädigung für die vom Hl. Stuhl offiziell nicht anerkannte Säkularisation. Zugleich koppelte Consalvi damit den römischen Wunsch nach einer Gesamtregelung für Preußen und beklagte die Unterdrückung der katholischen Kirche durch das Placet und die Behinderung der geistlichen Amtsführung. Abschließend bat er den König, „in einer festen und schicklichen Art für den Unterhalt der Kirche von Münster, des Kapitels... und der anderen kirchlichen Einrichtungen in liegenden Gütern zu sorgen“⁵².

Konklave 1846 Kandidat der konservativen Richtung, vgl. Norbert Miko, Art. Lambruschini in: LThK², Bd. VI (Freiburg 1961), Sp. 761.

⁵⁰ Bastgen, Besetzung, S. 174; auch Ruck, Vorgeschichte der Besetzung, S. 130; Zu Ercole Consalvi (1757—1854), Bedeutender Staatssekretär, unter Pius VII. von 1800—1823, vgl. Norbert Miko, Art. Consalvi in: LThK² Bd. III (Freiburg 1959), Sp. 42 f.

⁵¹ Vollständiger Text der Note und Kommentar: Ruck, Vorgeschichte der Besetzung, S. 136—140 (Beilage 1) und ebenda, S. 121—132; auch Bastgen, Besetzung, S. 162 f, S. 178 f.

⁵² Consalvi an Niebuhr 3. 5. 1817: Bastgen, Besetzung, s. 174—177, auch Niebuhr an Consalvi 12. 5. 1871: ebenda, S. 177 f.

Da Rom das Kapitel von diesem Schritt nur durch ein kurzes Breve an Droste-Vischering unterrichtete, sollte Ciamberlani den Münsteraner Domherren die näheren Motive des Hl. Stuhles erläutern und zugleich den Informativprozeß über Lünig ausstellen. Letzteres wurde ihm aus Gründen der Zweckmäßigkeit von der Berliner Regierung gestattet unter ausdrücklicher Betonung, daß damit keine Anerkennung als „offizieller Geschäftsträger verbunden sei“⁵³. Spiegel attackierte die päpstliche Ernennung als eine „enorme Verletzung des Wahlrechtes des Domkapitels“ und „eine ultramontane Maßnahme“⁵⁴. Droste und die sechs residierenden Domherren mußten sich diesem Entscheid beugen, der in seltsamer Eintracht zwischen Berlin und Rom über ihre Köpfe und ihr Recht hinweg gefällt worden war. Der Kapitularvikar konnte sich aber einiger Warnungen vor der preußischen Politik nicht enthalten: „Kein Bistum habe weniger eines Bischofs bedurft als Münster, da die kirchlichen Vollmachten von ihm, die Weihevollmachten von seinem Bruder Caspar aufs beste besorgt würden. Das einzige, was die Regierung beabsichtige, sei, (ihn, Clemens), der durch seine Wachsamkeit und seinen Eifer für die Religion der Regierung unbequem geworden sei, außer Wirksamkeit zu setzen; Lünig sei gewiß ein guter Mann, aber viel zu schwach. Der Klerus und die guten Katholiken seien mit der Wahl einverstanden, sie wünschten aber, daß der Bischof kein Gehalt, sondern liegende Güter erhalte; denn wenn er ohne diese installiert werde, so werde man auch bei den anderen Bischöfen so verfahren, und von einer Dotation in liegenden Gütern sei keine Rede mehr“⁵⁵.

Die ältere Literatur hat sich gewundert, daß die Mitte 1817 „unmittelbar bevorstehende Transferierung“ sich bis 1821 hinzog und führte dafür zu Recht die Haltung des Hl. Stuhles an, „jeden Antrag zur Berichtigung einzelner Diözesanangelegenheiten abzulehnen, um die Gesamtheit der kirchlichen Beziehungen der Monarchie zu sichern“⁵⁶. Die eigentliche Ursache lag jedoch in den Hinweisen des Kapitularvikars Droste und dem von Ciamberlani am 10. Juli 1817 eingeschickten Informativprozeß. Daraus ging hervor, daß sich die

⁵³ Altenstein an Vincke 23. 8. 1818: StM, Oberpräsidium 1938 I und Sp. N. 331; auch Consalvi an Ciamberlani 30. 4. 1817: Bastgen, Besetzung, S. 162, 178 f.

⁵⁴ Spiegel an Staatskanzler Hardenberg 26. 6. 1817: „une énorme lésion du droit d'élection du grand chapitre lequel dans mon absence n'a point fait d'opposition à cette démarche ultramontaine“: StM, Sp. N. 280; auch Lipgens, Spiegel I, S. 240.

⁵⁵ Zum Bericht Drostes (über den Agenten Augustinis): Bastgen, Besetzung, S. 182—184, Zitat S. 182.

⁵⁶ Mejer, Geschichte der römisch-deutschen Frage, Bd. II, 2, S. 110; Ruck, Vorgeschichte der Besetzung, S. 134 (Zitat).

Güter der bischöflichen Mensa und des Domkapitels noch unverkauft in den Händen des königlichen Fiskus befanden. Es drohte die Gefahr, daß sie nach der Besetzung verschleudert würden. Prälat Mazio machte darauf aufmerksam, daß nun der Augenblick der Rückforderung gekommen sei. Denn wenn die Regierung dem Bischof und Kapitel nur Gehalt anweise, wie würde man dann grundsätzlich auf der Dotation von Gütern bestehen können⁵⁷? Aus dem bei Bastgen im Auszug abgedruckten Notenwechsel geht nun hervor, daß bereits seit August 1817 Mazio und Consalvi forderten, „daß die Dotation in Münster in liegenden Gütern vollzogen sein müsse, ehe die Ernennung Lünings ausgesprochen werden könne“. Außerdem benötige man den genauen Betrag der Einkünfte für die Provisionsbulle und die Berechnung der Taxen. Zum Bedauern Niebuhrs fuhren sich die Verhandlungen darüber 1818 fest, bis sie in die Vorverhandlungen zur Zirkumskriptionsbulle mündeten⁵⁸.

In der entscheidenden Instruktion für diese Unterhandlungen vom 5. Mai 1818 heißt es im Bezug auf Münster, daß (nach einem Bericht Niebuhrs) „der römische Hof durchaus sich nicht mehr bereitwillig finden lassen wolle, im Einzelnen das Verlangen S. M. des Königs zu erfüllen, so daß die Versetzung des Bischofs von Corvey nach Münster die letzte Gefälligkeit dieser Art sein solle“. Das nominelle Wahlrecht der Domkapitel wurde auch ohne den von Consalvi praejudizierten Fall Münster anerkannt, da Berlin auf die Beeinflussung der Domherren durch den Wahlkommissar baute⁵⁹.

Diese Anweisung an Niebuhr wurde jedoch angesichts der laufenden Konkordatsverhandlungen mit anderen deutschen Staaten von Staatskanzler Hardenberg bis zum 23. Mai zurückgehalten. Aus der Beobachtung der anderen Negationen scheinen die Berliner Stellen gelernt zu haben, daß man als protestantischer Staat der römischen Kurie nicht „etwas der Kirche Wesensfremdes“ abringen konnte⁶⁰. Zu den unbestreitbaren Rechten „circa sacra“ gehörte es für Preußen, daß in der Regel kein Ausländer sowie niemand ohne des Königs Willen Bischof werden konnte; und „wenn ein bestimmtes Subjekt

⁵⁷ Bericht Ciamberlanis 20. 7. 1817 und Bemerkungen Mazios dazu: Bastgen, Besetzung, S. 183.

⁵⁸ Vgl. Consalvi an Niebuhr 3. 5., Bericht Ciamberlanis 31. 7., Consalvi an Ciamberlani 26. 8. und an Niebuhr 30. 8., Niebuhr an Consalvi 12. 11. 1817: Bastgen, Besetzung, S. 183—191.

⁵⁹ Text der Instruktion Hardenbergs 5. 5. 1818: Mejer, Geschichte der römisch-deutschen Frage, II, 2, S. 101—116 (Zitat S. 110, beruhend auf einem Bericht Niebuhrs).

⁶⁰ Bierbaum, Vorverhandlungen, S. 4.

zur beschaffenen Würde erhoben werden soll, kann dies durch ‚Empfehlung‘ an das Capitel bewirkt werden“. Seit 1820 mehrten sich Belegstellen für die preußische Verhandlungstaktik „über viele andere Punkte, bei denen wir nicht nachgeben wollen und der römische Hof nicht nachgeben wird, sei stillschweigende Umgehung in der Konvention die beste Maßregel“. Dies bezog sich in der Hauptsache auf das vom König beanspruchte und in den östlichen Diözesen praktizierte direkte Bestätigungs- und Ablehnungsrecht, das „so fest stehe, daß es eines römischen Anerkenntnisses nicht bedürfe, noch davon abhängig zu machen sei. Nur darf Nichts gestattet werden, was ihm zuwider läuft“⁶¹.

Zur Jahreswende 1820/21 hatte Consalvi in der Meinung, die preußische Ablehnung des von ihm vorgeschlagenen Listenverfahrens („Irisches Veto“) sei das letzte Wort der Berliner Regierung gewesen, den Vorschlag Mazios unterbreitet. Danach sollten „die betreffenden Kapitel den neuen Bischof nach der gewohnten kanonischen Form wählen“. Außerdem sollten sie durch ein Zusatzbreve angewiesen werden, ihre Stimmen auf solche „Subjekte zu vereinigen, die die für das Regieren notwendige Klugheit besäßen und beim König nicht in Ungnade ständen; wovon sie sich vor dem offiziellen kanonischen Wahlakt zu vergewissern hätten“⁶². In diesem römischen Vorschlag fand die preußische Seite die erstrebte, wenig differenzierte Bestimmung über Wahlfreiheit und Ausschließungsrecht, die sie in ihrem Sinne handhaben konnte. Nach der grundsätzlichen Einigung gab es noch ein zähes Ringen zwischen Niebuhr und Mazio um einzelne Formulierungen. Dabei konnte der preußische Gesandte der Regierung noch das Besetzungsrecht der Domherrenstellen in den ungraden Monaten nach Breslauer Vorbild einhandeln, bevor der Text für das Konsistorialdekret beim Besuch Hardenbergs in Rom am 23. März 1821 unterschrieben werden konnte⁶³.

Die Bischofswahlen des 19. Jahrhunderts, vor allem die unter der Regierung Friedrich Wilhelms III. und besonders die zweite Münsteraner Besetzung von 1825 zeigen, daß die tiefere Ursache für die späteren Konflikte in den Vorverhandlungen lag. Dabei war Preußen „einer Klärung und genauen Festlegung bewußt ausgewichen“ und Rom glaubte „im Vertrauen auf die Großmut des Königs“ auf eine

⁶¹ Instruktion durch Hardenberg und Außenminister Bernsdorff an Niebuhr 23. 11. 1820 (sog. Nachinstruktion): Friedberg, Bischofswahlen, Nr. VII. (S. 12—14, Zitat S. 14).

⁶² Consalvi an Niebuhr 9. 2. 1821: Friedberg, Bischofswahlen, Nr. XI. (S. 22—24, Zitate in Übersetzung von S. 24).

⁶³ Zur Textgestaltung vgl. Bierbaum, Vorverhandlungen, S. 41—44, S. 76—91.

Fixierung von Einzelheiten verzichten zu können, da „beide Parteien auf die Manipulierbarkeit der Kapitel im Ernstfall spekulierten“⁶⁴.

IV. VERZÖGERTE TRANSFERIERUNG UND ERKRANKUNG LÜNINGS (1820—1825)

Welche Rolle die Münsteraner Dotation im weiteren Verlauf der Vorverhandlungen spielte, ist bei dem jetzigen Quellenstand nicht auszumachen. Es scheint, daß Rom schon bevor die Dotationsfrage der Gesamtverhandlungen mit der Note Niebuhrs vom 22. Juli 1820 „im Prinzip gelöst war“, die Forderungen für Münster als erfüllt ansah⁶⁵. Bereits am 25. Juni 1817 hatte Innenminister Schuckmann Oberpräsident Vincke mitgeteilt, daß der Hl. Stuhl „Lünings Transferierung im nächsten Consistorium zu proklamieren beschlossen habe“ und ließ nach einer angemessenen Wohnung für den Bischof Ausschau halten⁶⁶. Die im Konsistorium vom 28. August 1820 ausgestellten Bullen, die Bischof Lünig von Corvey nach Münster transferierten, trafen dort im November ein. Die Publikation der päpstlichen Ernennungsurkunden wurde vom zuständigen Minister Altenstein erlaubt mit Ausnahme einer — wie in fürstbischöflichen Zeiten ausgestellt — „Bulla notificationis ad vasallos“⁶⁷.

Auf die Mitteilung Lünings vom Erhalt der päpstlichen Bullen beschlossen die „per calamitates temporum“ nur als Rumpf-Kapitel versammelten Domherren (Spiegel, die drei Droste-Brüder, Droste-Hülshoff, Rump und Korff-Schmising) für den 10. Januar 1821 ein feierliches, außerordentliches Generalkapitel einzuberufen. Doch von den „in verschiedenen deutschen Ländern zerstreuten Domherren“ kam dazu nur der Freiherr von Wenge hinzu; fünf Herren hatten Entschuldigungsschreiben geschickt. „Als erstes mußte die Versammlung deshalb bedauern, daß so viele Herren Mitkapitulare sich von

⁶⁴ Norbert Trippen, *Das Domkapitel und die Erzbischofswahlen in Köln 1821—1929* (Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte, Bd. 1), Köln 1972, S. 12 f und S. 250. Ansätze zu dieser These schon bei: Rudolf Lill, *Die Beilegung der Kölner Wirren 1840—1842* (Vorwiegend nach Akten des Vatikanischen Geheimarchives) (Studien zur Kölner Kirchengeschichte, Bd. 6), Düsseldorf 1962, S. 17.

⁶⁵ Zur Dotationsfrage vgl. Bierbaum, *Vorverhandlungen*, S. 23—31, Zitat S. 26; Bastgen, *Besetzung*, S. 192.

⁶⁶ Vgl. Schuckmann an Vincke 25. 6. 1817: StM, Oberpräsidium 1938 I.

⁶⁷ Altenstein an Vincke 22. 11. 1820: StM, Oberpräsidium 1938 I (auch Abschriften der Bullen); Originale: Bistumsarchiv Münster (BAM), Domarchiv, I Bischöfe U 564; *Hierarchia catholica* Bd. VII, S. 269.

der Teilnahme eines so wichtigen Gegenstandes ausschlossen, selbst nicht einmal ihre Eröffnungen und Ansichten an ein hochwürdiges Domkapitel hatten gelangen lassen.“ Der Eingriff „Sr. Päpstlichen Heiligkeit“ in die Besetzung des seit dem 26. Juli 1801 vakanten bischöflichen Stuhles wurde vom Kapitel in tiefer Unterwürfigkeit entgegengenommen. Der Kapitularvikar Droste-Vischering erhielt den Auftrag, dem Papst den Empfang der Bullen anzuzeigen und um die Verwirklichung der Aufrechterhaltung des Wahlrechtes „pro futuro“ ganz im Sinne der Eröffnungen vom Jahre 1817 zu bitten, da dies nicht ausdrücklich in den römischen Dokumenten erwähnt war. Die auch weiterhin als Generalkapitel tagende Versammlung beschloß, die Bullen zu veröffentlichen, sobald Lüning den vorgeschriebenen Eid geleistet habe und die „in Proposition gebrachte Sicherung der mensa episcopalis ausgemittelt sei“⁶⁸.

Dies sollte jedoch noch bis zum Sommer 1821 dauern, da trotz der Empfehlungen Minister Altensteins die Entscheidung „höchsten Ortes über die Temporalien ausblieben“. Lüning wollte nicht eher von seinem Bistum Besitz ergreifen, bis die Dotation genau festgesetzt sei; er fürchtete, daß nach seiner Besitzergreifung die Regierung sich darum herumdrücken und ihm nicht einmal so viel geben werde, wie er zur Leitung des ausgedehnten Bistums nötig habe. Dabei dachte er angeblich weniger an sich als an seine Nachfolger, denn er selbst hatte ja noch seine Pension als säkularisierter Fürstbischof von Corvey. Die 1834 nicht erfolgte Dotation in Waldungen und Forsten sollte seine und der Kurie Skepsis bestätigen⁶⁹. Erst der auf den 10. Juli angesetzte Besuch des Königs in Münster brachte eine Entscheidung. In Berlin wurden hierdurch „die Umstände behoben, welche bisher der Einführung entgegenstanden“. Unter dem 23. Juni bewilligte die Regierung 8000 Taler als bischöfliches Einkommen (der Oberpräsident bekam 6000!), 1000 als Besoldung für den Gene-

⁶⁸ Kapitelsprotokolle vom 18. 12. 1820, 10. 1. und 16. 1. 1821: BAM, Domarchiv VII, Domkapitel A 3 a-c; Bastgen, Besetzung, S. 193. Die Benutzung dieser Kapitelsprotokolle war mir nur möglich durch die freundlicherweise von Herrn Archivdirektor Dr. Graf v. Merveldt (Bistumsarchiv Münster) gewährte Ausleihe ins Stadtarchiv Bochum. Den Archivaren beider Institutionen danke ich nochmals herzlich für ihr großzügiges Entgegenkommen. Bei diesen und den folgenden Zitaten ist die Orthographie der heutigen Schreibweise angepaßt. Zu Levin Johann Wilhelm Franz von Wenge zu Beck vgl. Keinemann, Domkapitel Münster, S. 346.

⁶⁹ Altenstein an Vincke und Lüning 23. Juni 1821: StM, Oberpräsidium 1838 I; Kapitelsprotokoll 2. 7. 1821: BAM, Domarchiv VII, Domkapitel A 3 a-c. Zu Karl Freiherr von Stein zum Altenstein (1770—1840), ab 1817 Minister für die geistlichen Sachen, den öffentlichen Unterricht und das Medizinalwesen, vgl. Ernst Müsebeck, Das Preußische Kultusministerium vor hundert Jahren, Stuttgart Berlin 1918.

ralvikar und 4000 zur Unterhaltung der bischöflichen Behörde, insgesamt also 13 000 Taler ‚in annum‘ in vierteljährlicher Vorauszahlung. Vom Jahr 1833 ab sollten „die Einkünfte in Renten fundiert werden, wie zu seiner Zeit die Zirkumskriptionsbulle näher ergeben werde“. Als Amtswohnung wurden Lüning vorläufig die Kurien des Weihbischofs Caspar Max Droste zu Vischering und die des Kapitulars von der Lippe zugewiesen⁷⁰.

Mit der Vorbereitung der auf den 7. Juli angesetzten feierlichen Einführung wurden Domdechant Spiegel und der Weihbischof beauftragt. Die Regierung in Berlin machte zur Auflage, daß jene Gebräuche fortfallen müßten, in denen die Landeshoheit der vormaligen Bischöfe sich widerspiegeln: Einholung durch die Deputation der vormaligen Stände, förmliche Aufwartung der Staatsbehörden und Ableistung des „iuramentum episcopale“ im Kapitelshaus⁷¹. Der am 3. Juli in Münster eingetroffene Bischof leistete am 5. auf dem ehemaligen bischöflichen und nunmehrigen königlichen Schloß den staatlichen Treueeid in die Hand Vinckes und am nächsten Tag das kirchliche „iuramentum“ in die Hände des Weihbischofs.

Das Domkapitel versammelte sich vor der Einführung des neuen Bischofs „in einer ungewöhnlichen Frühstunde um 8 Uhr“, um dem scheidenden Kapitularvikar Clemens Droste-Vischering für seine „mühevollen und in beharrlichem Eifer geleisteten Bistumsverwaltung zu danken“⁷². Die Einladung zu dem die Einführungsfeierlichkeiten abschließenden Mittagessen beim Oberpräsidenten lehnte Clemens August ab. Als Kapitularvikar habe man ihn nicht an die königliche Tafel geladen, obwohl er ganz zu der eingeladenen Gesellschaft gepaßt habe; so könne er jetzt als einfacher Domkapitular nicht beim Oberpräsidenten speisen⁷³.

Als Friedrich Wilhelm III. am 11. Juli 1821, wenige Tage vor dem formellen Erlaß der Zirkumskriptionsbulle „De salute animarum“, zu einem kurzen Besuch in Münster eintraf, fand er so den ersten besetzten Bischofsstuhl der Kölner Kirchenprovinz vor⁷⁴.

⁷⁰ Altenstein an Vincke 23. 6. 1821: StM, Oberpräsidium 1938 I; Kapitelsprotokoll 30. 7. 1821: BAM, Domarchiv VII, Domkapitel A 3 a-c. Caspar Max Freiherr Droste zu Vischering (9. 7. 1770–3. 8. 1846), 1790 Domherr in Halberstadt und Münster, 1795 Weihbischof, 1823 Domdechant vgl. Keinemann, Domkapitel Münster, S. 348 f (dort weitere Literatur).

⁷¹ Kapitelsprotokoll 5. 7. 1821: BAM Domarchiv VII, Domkapitel A 3 a-c; Protokoll der Eidesleistung 5. 7., Lüning an Vincke bzw. Vincke an Lüning 4. 7. 1821: StM, Oberpräsidium 1938 I.

⁷² Kapitelsprotokoll 5. 7. 1821: BAM, Domarchiv VII, Domkapitel A 3 a-c.

⁷³ C. A. Droste-Vischering an Vincke 5. 7. 1821: StM, Oberpräsidium 1938 I.

⁷⁴ Vgl. Berichte Ciamberlanis vom 12. 7. und 25. 8. 1821: Bastgen, Besetzung, S. 194.

Der neue Bischof warf sich sofort — nur von Spiegel unterstützt — in die Arbeit; scheint sich aber für sein Alter zu viel zugemutet zu haben, denn noch im Herbst des Jahres 1821 erkrankte er. Am 29. Oktober schlug er, zunächst um sich bei seiner „schwächlichen Gesundheit Aushilfe und Erleichterung in den vorkommenden Diözesangeschäften zu verschaffen“, den Offizial und Kanoniker des französischen Kapitels Jodokus Zurmühlen als Provikar vor⁷⁵. Die Kapitelsversammlung vom 6. November betrachtete diesen zwar als „persona qualificata“ zu der „interimistischen Geschäfts-Mit-Versehung“, fragte aber nach dem genauen Umfang seiner Fakultäten, „damit auch das Domkapitel als senatus episcopi darauf achten könne, daß der einstweilige Provikar überall intra limites bleibe“⁷⁶. Der von den Domkapitularen zurückhaltend aufgenommene Provikar wurde auf die Unterstützung der preußischen Regierung hin in seinen Vollmachten von Rom bestätigt⁷⁷.

Wegen des zusehends sich verschlimmernden Krankheitszustandes zog sich Lüning von seinen Amtsgeschäften ganz nach Corvey zurück⁷⁸. So verzögerte sich auch die Neuordnung des Bistums nach der Zirkumskriptionsbulle. Die dafür subdelegierte Kommission konnte mit der feierlichen Einführung des neuen Domkapitels am 27. September 1823 diesen Teil der Reorganisation abschließen⁷⁹. Damit wurden auch Vorschläge von Spiegel und Ciamberlani überflüssig, die für den Fall eines vorzeitigen Ablebens des Bischofs Sorge tragen wollten. In diesem Zusammenhang war Ciamberlani der Überzeugung, daß der Weihbischof Max würdig und der Regierung genehm sei. Diese hatte ihn bereits als Koadjutor und dereinstigen Nachfolger für den Paderborner Bischof Franz Egon von Fürstenberg vorgesehen, was er aber ablehnte⁸⁰. In Rom wurde dieser Vor-

⁷⁵ Vgl. Lüning an das Domkapitel und an Vincke 29. 10. 1821: StM, Oberpräsidium 1938 I; Kapitelsprotokoll 6. 11. 1821: BAM, Domarchiv VII, Domkapitel A 3 a-c; Zu Jodokus Hermann Zurmühlen (1747—1830) vgl. ebenda. Er war ab 1826 Domdechant.

⁷⁶ Kapitelsprotokoll 6. 11. 1821: BAM, Domarchiv, VII, Domkapitel A 3 a-c.

⁷⁷ Noten Niebuhrs an Consalvi vom 25. 7. und 6. 12. 1822 und Consalvi an Niebuhr 20. 1. 1823: Bastgen, Besetzung, S. 198—202.

⁷⁸ Vgl. Kapitelsprotokoll 12. 11. und 3. 12. 1821: BAM, Domarchiv, VII, Domkapitel A 3 a-c.

⁷⁹ Vgl. Lippens, Spiegel I, S. 306—309; Heinrich Börsting, Geschichte des Bistums Münster, Bielefeld 1951, S. 130—155; Hans Schlömer, 150 Jahre neues Domkapitel zu Münster (Am 27. September 1823 wurde das Domkapitel in seiner neuen Zusammensetzung eingeführt), in: Kirche und Leben Jg 39, 30. 9. 1973, S. 16.

⁸⁰ Vgl. zuletzt: Friedrich Gerhard Hohmann, Domkapitel und Bischofswahlen in Paderborn 1821—1856, in: Westfälische Zeitschrift 121 (1971), S. 365—460, hier S. 368 Anm. 9.

schlag Ciamberlanis, Caspar Max „zum Koadjutor Lünings mit dem Recht der Nachfolge“ zu ernennen, nicht aufgegriffen. Vielmehr bestätigte man nur Zurmühlen in seinem Amt, da man auf eine baldige Genesung des Bischofs hoffte⁸¹.

Nicht so sehr die Krankheit als der Starrsinn Lünings, der den ärztlichen Anweisungen nicht folgen wollte, veranlaßten Minister Altenstein im August 1823 prüfen zu lassen, ob Lünig nicht durch einen „Blödsinnigkeits-Prozeß“ seines Amtes enthoben werden könne. Sowohl Justizminister Kirchseisen als auch die Oberlandesgerichte von Münster und Paderborn, die sich den unangenehmen Fall gegenseitig zuzuschieben versuchten, hielten die rechtliche Begründung hierfür nicht ausreichend und scheuten das Aufsehen eines solchen Verfahrens⁸². Das Gutachten des behandelnden Arztes schloß Wahnsinn aus und diagnostizierte einen hohen Grad von Hypochondrie, welche hauptsächlich in Unterleibsbeschwerden (Verstopfungen) ihren Grund habe⁸³. Da die gewünschten Grundlagen für eine sogenannte „Blödsinnigkeitserklärung“ nicht vorhanden waren, suchte man in Berlin im August 1824 nach einem anderen Weg, um die „Geldvergeudung für einen amtsunfähigen Bischof“ zu vermeiden⁸⁴. Dazu kam es nicht mehr, denn am 18. März 1825 starb der Fürstbischof von Corvey und Bischof von Münster, Ferdinand, im Alter von 70 Jahren⁸⁵.

V. DIE „WAHL“ CASPAR MAX VON DROSTE ZU VISCHERING 1825

Der Tod des Bischofs Lünig stellte das neukonstituierte Münsteraner Domkapitel als erstes preußisches Kapitel der Kölner Kirchenprovinz vor die Aufgabe einer Bischofswahl. Auf einer außerordentlichen Kapitelsversammlung am 23. März 1825 schritten die vollzählig versammelten, residierenden Domherren zunächst zu der — nach dem kanonischen Recht innerhalb acht Tagen notwendigen —

⁸¹ Zu diesen Vorschlägen vgl. Bastgen, Besetzung, S. 197 und Spiegel an Vincke 22. 1. 1824: StM, Oberpräsidium 1938 I.

⁸² Vgl. Justizminister Kirchseisen an Altenstein 28. 8., Altenstein an Vincke 28. 9. und an Kirchseisen 28. 9., Vincke an Oberlandesgericht Münster 6. 10., Oberlandesgericht Paderborn an Vincke 10. 10. 1823: StM, Oberpräsidium 1938 I.

⁸³ Dr. Seiler (behandelnder Arzt) an Vincke 30. 12. 1823: StM, Oberpräsidium 1938 I.

⁸⁴ Nicolovius (Ministerialdirektor der geistlichen Abteilung des Ministeriums) an Vincke 5. 8. 1824: StM Oberpräsidium 1938 I.

⁸⁵ Landrat Metternich (Höxter) an Vincke und Bracht (Sekretär Lünings) 19. 3. 1825: StM, Oberpräsidium 1938 I.

Wahl eines Kapitularvikars. Unbeschten der vorhergegangenen Spannungen wurde der bisherige Bistumsverweser und Provikar Zurmühlen „per vota unanima“ zum „vicarius generalis Capituli pro tempore sedis vacantis“ erwählt und nahm das Amt an. Des weiteren hielt die Versammlung unter Berücksichtigung der bevorstehenden Osterfeiertage und um den Ehrendomherren Möglichkeit zum Verlassen ihrer Pfarreien zu geben, Donnerstag nach Pfingsten, den 26. Mai als Wahltag am besten geeignet⁸⁶.

Auf die Anzeige der Vakanz des Bistums übersandte der Apostolische Delegat für die Ausführung der Neuordnungsbulle, Josef von Hohenzollern, zum ersten Mal das bisher in Münster unbekannte Zusatz-Breve „Quod de fidelium“. Über die Reaktion einzelner Domherren bei der außerordentlichen Kapitelsversammlung am 23. April auf die päpstliche Anweisung, nur eine dem König genehme Person zu wählen, sagt das Kapitelsprotokoll nichts. In der Antwort an den Ermländer Bischof versicherte das Kapitel, „es werde nicht erman- geln, die in dem Breve ausgesprochene Adhortation seiner Heiligkeit mit schuldiger Ehrfurcht entgegen zu nehmen“. Die übrigen Wahl- vorbereitungen seien bereits in Angriff genommen, „doch habe man das Läuten auf einen Tag beschränken müssen, wegen der Verord- nung einer ministeriellen Verfügung“⁸⁷. In einem Schreiben des Kul- tusministers Altenstein wurde das Kapitel aufgefordert, seine Maje- stät „um Anberaumung des Wahltages innerhalb der canonischen Frist zu ersuchen“, womit man in Berlin die Initiative des Wahlge- schäftes an sich ziehen wollte⁸⁸.

Schon bald nach Lünings Tod erhoben sich Stimmen in Staat und Kirche, die den verdienten ehemaligen Domdechanten und nunmehrigen Erzbischof von Köln, Ferdinand August von Spiegel, auch als Bischof von Münster sehen wollten. Doch den freundlichen Auffor- derungen des Oberpräsidenten Vincke, des Regierungsrates Schmed- ding und des Freiherrn von Stein sowie anderer Münsteraner Freunde stand dieser sehr zurückhaltend gegenüber. „Ich habe Ver- pflichtungen für Köln und übernehme nur dann neue für das ... mir

⁸⁶ Kapitelsprotokoll 23. 3. 1825: BAM, Domarchiv VII, Domkapitel A 3 a-c.

⁸⁷ Hohenzollern an Domkapitel 2. 4. 1825 und Breve „Quod de fidelium“: BAM, Generalvikariat I, Bischöfe A 21; Domkapitel an Ministerium 2. 5. 1825: ebenda A 14. Zu Prinz Josef Wilhelm von Hohenzollern Hechingen (1776—1836), ab 1803 Abt von Oliva, 1817 Bischof von Ermland, 1821 Executor der Zirkumskriptionsbulle. Vgl. Eberhard Gönner, Art. J. W. von Hohenzollern, in: LThk² Bd. V. (Freiburg 1960), Sp. 434 f.

⁸⁸ Kapitelsprotokoll 2. 5. 1825: BAM, Domarchiv VII, Domkapitel A 3 a-c; Altenstein an Domkapitel 5. 4. und 13. 5., Domkapitel an Ministerium 2. 5. und 26. 5. 1825: ebenda, Domarchiv I, Bischöfe A 14.

freilich sehr werte Bistum Münster, wenn geistliche und weltliche Oberbehörde es wollen und mir zumuten“. Zurecht wies er diese „Pfründenakkumulation“ auch als unkanonisch zurück⁸⁹.

Während der Kanoniker Suer trotz der Zurückhaltung Spiegels versuchte, eine Mehrheit für seinen ehemaligen Förderer im Kapitel zusammen zu bekommen, wurden von der preußischen Regierung die eigentlichen Weichen für die Wahl gestellt. Dabei wird deutlich, daß sich König Friedrich Wilhelm III. nicht auf ein negatives Ausschlußrecht beschränkte, sondern entsprechend dem restaurativen Staatskirchensystem versuchte, das schon in den östlichen Provinzen praktizierte positive Bestimmungsrecht auf die westlichen Provinzen zu übertragen und in Münster durchzusetzen.

Nach Rücksprache mit Oberpräsident Vincke schlug am 25. April Minister Altenstein für den Fall, daß die Wahl auf „bestimmte Individuen hingelenkt werden sollte“, dem König vier Personen vor. Diese Kurzcharakteristiken aus staatlicher Sicht zeigen auch die von der Regierung bevorzugten Qualitäten eines Bischofskandidaten⁹⁰.

1. Dompropst Johann Heinrich Droste zu Hülshoff⁹¹, „ein anspruchsloser, rechtschaffender Mann, aber nur von mittelmäßigen Gaben und schwächlicher Gesundheit, etwa 60 Jahre alt, käme seiner Würde wegen in Betracht“. In einem vorgelegten Schreiben sagte er von sich selbst: „Für meine Person suche ich in der Welt nichts mehr zu werden, als ich wirklich bin und dies zu sagen fällt mir bei meiner körperlichen Schwäche schwer genug“.

2. Domdechant und Weihbischof Caspar Max Freiherr Droste zu Vischering⁹² „hat den Ruf eines sittlich reinen Lebenswandels, verbunden mit einer großen Wohltätigkeit während seiner dreißigjährigen Amtsführung als Weihbischof... Er genießt deswegen Achtung und Liebe; aber vorzügliche Geistesgaben besitzt er ebenfalls nicht“.

3. Der „Exkapitular“ Franz Otto Freiherr Droste zu Vischering⁹³ „vormals Münsterischer Geheimer Rat und dem jetzigen Domkapitel aggregiert mit Sitz und Stimme, gilt als ein Mann von Geist und feiner Sitte. Mir sind Arbeiten von ihm, unter diesen eine Schrift über das Verhältnis von Staat und Kirche und ein Gutachten über

⁸⁹ Spiegel an Schmedding 24. 3. 1825: StM, Sp. N. 355; auch Lipgens, Spiegel I, S. 374.

⁹⁰ Das Folgende nach: Altenstein an den König 25. 4. 1825 (Abschrift): StM, Sp. N. 355; teilweise auch bei Lipgens, Spiegel I, S. 375 f.

⁹¹ Zu Johann Heinrich Droste zu Hülshoff (3. 9. 1768–20. 5. 1836) vgl. Keinemann, Domkapitel Münster, S. 345 f.

⁹² Zu Caspar Maximilian von Droste zu Vischering vgl. Anm. 70.

⁹³ Zu Franz Otto Freiherr Droste zu Vischering (13. 9. 1771–26. 2. 1826) vgl. Keinemann, Domkapitel Münster, S. 47.

den Entwurf des preußischen allgemeinen Schulgesetzes vor Augen gekommen, deren Richtung apologetisch und für die katholische Kirche insofern also nicht ganz angenehm war; übrigens aber Tiefe der Einsicht und Klarheit der Gedanken verband, und von einem milden Geist, überhaupt von edler Gesinnung zeugte. Dieser Mann würde wahrscheinlich die Stimmen des Domkapitels für sich vereinigen, und da ein vorzügliches Talent verbunden mit Adel der Gesinnung nach meinem Dafürhalten in politischer Beziehung zuverlässiger ist, als ein schwacher Mann, den andere regieren, so würde ich den Franz Otto von Vischering alleruntertänigst zu empfehlen wagen, wenn nicht der Oberpräsident von Vincke mir vor seiner Abreise eröffnet hätte, daß er durchaus kein Vertrauen zu solchem zu fassen im Stande sei. Über den eigentlichen Grund dieses Mißtrauens hat sich der Herr von Vincke nicht erklärt und es scheint mehr aus dem natürlichen Gegensatz beider Charakter, ... als aus Tatsachen hervorgegangen. Indessen könnte dies, da der Schauplatz des Wirkens beider Männer an einem und demselben Ort ist, sehr leicht zu nachteiligen Spannungen führen. In diesem Betracht würde ich den Geheimrat von Vischering, so sehr ich ihn eines andern Bistums für würdig halte, dennoch zum Münsterischen Bischof gegenwärtig nicht empfehlen“.

4. Zu dem vierten Kandidaten Konsistorialrat und Ehrendomherr Bernhard Overberg⁹⁴ meinte der Minister: „Stände die katholische Kirche in Sitte und Verfassung der Zeit ihres Ursprunges näher, so würde ein so einfacher und gottseliger Charakter, als wofür der Domherr Overberg von Evangelischen und Katholischen allgemein erkannt wird, verbunden mit seltener Verständigkeit und einem auf das praktische Christentum vorzüglich gerichteten Sinn, gewiß einen tüchtigen, auch dem Staate nützlichen Bischof abgeben. Aber eines Teils ist p. Overberg schon sehr alt und hinfällig, in geistlichen Verwaltungssachen unbewandert, kein Mann von Geburt, keiner sogenannten Reorganisation fähig, also in der Welt, wie sie ist, für eine so hohe Stellung nicht durchaus passend; andern Teils muß ich bezweifeln, ob der gewissenhafte und bescheidene Mann die Würde annehmen möchte“.

Unter diesen Umständen befürwortete Altenstein in Übereinstimmung mit Vincke Caspar Max, den „Adel der Geburt, frommer Sinn, unbescholtener Wandel und seine dreißigjährige Tätigkeit als Weihbischof“ empfahlen. „Seine Beförderung dürfte dem Volk und den

⁹⁴ Zu Bernhard Heinrich Overberg und der reichen Literatur über ihn vgl. Winfried Böhm, Art. Overberg in: Lexikon der Pädagogik, Bd. III (Freiburg 1971), S. 254.

Vornehmen nicht unerwartet und unangenehm, im Gegenteil willkommen sein“.

In der Kabinettsorder an Altenstein vom 3. Mai hielt es Friedrich Wilhelm III. für angemessen, „bei der ersten Bischofswahl zu Münster, ... von dem Breve des Papstes, wodurch das Kapitel zur Wahl einer mir angenehmen Person verpflichtet wird, Gebrauch zu machen. So beauftrage ich Sie zu veranlassen, daß der ... als würdig bezeichnete ... Weihbischof ... dem Domkapitel benannt werde, damit die Wahl auf denselben als mir genehm falle“⁹⁵.

Demzufolge sah Altenstein in der Instruktion vom 13. Mai für den königlichen Wahlbevollmächtigten die „Zusammenstimmung des königlichen Willens mit der Wahl des Kapitels ... als kanonische Bedingung zur Beförderung auf den bischöflichen Stuhl“; eine Deutung, der Rom aus der kanonischen Tradition, keinem protestantischen Herrscher das Nominationsrecht zuzugestehen, sicher widersprochen hätte. Für den in den römischen Vorverhandlungen offen gebliebenen Modus, diese Übereinstimmung zu erreichen, gab die Instruktion „zwei Wege an, zu diesem Erfolg zu gelangen: Entweder das Domkapitel wählt in geheimer, vor dem förmlichen Wahlakt zu haltenden Abstimmung so lange, bis diejenige Person herauskommt, die dem Königlichen Bevollmächtigten als Sr. Majestät dem König angenehm bezeichnet worden ist; oder derselbe vertraut sich ohne Umweg der förmlichen Wahl an, weil er des Erfolges gewiß ist. Zu dem Ende macht er die Stimmberechtigten vor Vollziehung des Wahlaktes mit der Intention Sr. Majestät des Königs konfidentiell bekannt und sucht durch Überredung sich ihrer Stimmen zu versichern. Dies geschieht bei Angelegenheit der Aufwartung, die jeder Kapitular dem Bevollmächtigten einzeln zu machen verpflichtet ist. Es versteht sich übrigens von selbst, daß alles, was den Anschein einer Drohung oder Bestechung hat, sorgfältig zu meiden, und jeder Kapitular nach seiner Individualität, z. B. der Gewissensängstliche mit Vorsicht und Schonung zu behandeln ist. Es tut auch nicht Not auf ein förmliches Versprechen zu dringen; genug wenn der Bevollmächtigte die moralische Überzeugung gewinnt, daß mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten der königlichen Absicht gemäß abstimmen werden.“ Sollten die Stimmen doch anders ausfallen, so sei die Verkündigung des Wahlergebnisses zu verbieten. Anschließend wird dem Wahlkommissar ein detailliertes Zeremoniell für Auffahrt und Wahltag mitgeteilt, das „in Anwendung der Observanz der östlichen Provinzen, namentlich der Wahlform zu Breslau konzipiert“ war⁹⁶.

⁹⁵ Friedrich Wilhelm III. an Altenstein 3. 5. 1825 (Abschrift): StM, Sp. 355.

⁹⁶ Text der Instruktion: StM, Oberpräsidium 1938 II.

Der im Begleitschreiben des Ministers als Wahlbevollmächtigter vorgesehene Oberpräsident Vincke war, wie auch bei späteren Wahlen in Westfalen, gern bereit „wegen nötiger Abwesenheit in Dienstgeschäften“ sein Amt dem für diesen Fall vorgesehenen katholischen Grafen August Ferdinand von Merveldt zu überlassen⁹⁷. Da die Beschlüsse aus Berlin bis Ende Mai auf sich hatten warten lassen und man 14 Tage für die Vorbereitung der Wahlfeierlichkeiten brauchte, wurde nun der Termin nach Rücksprache mit dem Domkapitel auf Montag den 15. Juni festgesetzt. Eine Kapitelskommission, bestehend aus dem Dompropst und den Kapitularen Melchers und Grothues, arbeitete mit dem Wahlkommissar v. Merveldt unter genauer Befolgung der Breslauer Vorlage das Wahlprogramm aus⁹⁸.

Darüber, wie v. Merveldt den schwersten Teil seines Auftrages, die „Einzelbearbeitung“ der Domherren in die Tat umsetzte, erfahren wir nähere Einzelheiten aus einem Brief des Kapitulars Suer an seinen in Köln weilenden ehemaligen Gönner Spiegel. Als einem der eifrigsten Befürworter der Wahl von Spiegel in Münster schien es ihm am 7. Juli, „daß den Drostern in Verbindung mit dem Graf Merveldt recht daran gelegen sei, daß die Wahl auf den Weihbischof falle“. Auf die Nachricht, „die Herren Kapitulare möchten doch dem Herrn Wahlbevollmächtigten einzeln visite machen“, fragte er den Dompropst Droste-Hülshoff, „ob man uns Daumen-Schrauben ansetzen wolle? Er lachte herzlich. Ich ging zusammen mit Grothues und wir trafen Melchers an der Haustür“. Über den Besuch beim Wahlkommissar am Samstag den 4. Juli berichtet Suer weiter: „Nach gleichgültigen Grußworten hieß es dann: ‚Ich hoffe, die Herren werden mich in Stande setzen, daß die Wahl sofort bestätigt werden kann — es folgten unsererseits keine Verbeugungen. Beim Aufstehen hieß es dann, ‚ich weiß nicht ob die Herren mich verstanden haben, wenn die Wahl den Herrn Weihbischof trifft, so kann die Wahl sofort bestätigt werden‘. Diese Wiederholung rührte uns beiden um nichts mehr“.

Wie weit Suers Hoffnungen überhaupt der Wirklichkeit entsprochen haben und nicht bloß Wünsche waren, läßt sich weiter nicht

⁹⁷ Vgl. Altenstein an Merveldt 13. 5., Vincke an Merveldt 20. 5., Merveldt an Vincke (Zitat) und an das Domkapitel 2. 6.: Archiv Westerwinkel, Bestand F Familiensachen, Nachlaß August Ferdinand Graf von Merveldt, Bd. IV: Wahl des Münsterischen Bischofs Caspar Max Freiherr Droste-Vischering. Für die freundliche Hilfe bei der Beschaffung dieser Akte danke ich Herrn Landesarchivar Dr. Freiherr von Twickel (Landesamt für Archivpflege, Münster). August Ferdinand Graf von Merveldt zu Westerwinkel und Lembeck (1759—1834), vormalig Münsterisch Geheimer Rat und Landdroste.

⁹⁸ Kapitelsprotokoll 1. 6. 1825: BAM, Domarchiv VII, Domkapitel A 3a—c; Vincke an Domkapitel 29. 5. 1825: ebenda, Domarchiv I, Bischöfe A 14.

feststellen. Auf der Seite des Weihbischofs, der selbst einen anderen wählen würde, glaubte er den Dompropst, Zurmühlen, Kistemaker, Katerkamp, Overberg und Franz Droste. Für Spiegel hoffte er neben seiner die Stimmen von Brockmann (noch schwankend), Grothues sowie jene der Ehrendomherren Darup, Sammelmann und Spenrath gewinnen zu können⁹⁹.

Auf welch schwachen Füßen Suers Erwartungen für eine Stimmenmehrheit oder zumindest einen zweiten Wahlgang standen, zeigt auch ein Brief des von der Regierung erkorenen Weihbischof Caspar Max. Auffallend kurze Zeit nach dem Eintreffen der Berliner Anweisungen in Münster wußte er schon seinem vermeintlichen „Gegenkandidaten“ zu berichten, „daß die Instruktion an den Wahlkommissar sehr ausführlich und weitläufig sei in Betreff des zu erwartenden Resultates der Bischofswahl. Sollte die hiesige Bischofswahl, wie dieses freilich zu vermuten ist, für mich entscheiden, so werde“ er „freudig und im Vertrauen auf Gott annehmen“, schrieb er bereits am 30. Mai an Spiegel¹⁰⁰.

Der Wahlkommissar hatte die Aufwartungen der Domherren am Sonntag dem 5. Juni bei den beiden Prälaten durch persönliche Besuche, bei den übrigen Kapitularen durch Karten erwidert. Bei der feierlichen Auffahrt überreichte er zwei Tage vor der Wahl, am 13. Juni im Kapitelshaus sein Beglaubigungsschreiben mit den Worten: „Der König als Schutz- und Schirmherr der Kirche habe ihn zu der Wahl abgesandt, das Domkapitel des Königlichen Schutzes zu versichern.“ Dem Kapitel empfahl er, nicht nur einen Kirche und Staat nützlichen, sondern auch dem König wohlgefälligen Bischof zu wählen. Wer damit gemeint war, mußte nach den ‚Vorarbeiten‘ den Domherren eindeutig klar sein. Dompropst Droste-Hülshoff äußerte in seiner Erwiderung die Hoffnung, „daß es dem Domkapitel gelingen werde, eine Wahl zu treffen, welche den bezeichneten Forderungen nach Möglichkeit entspreche“. Dieser erste Höhepunkt des Wahlprogrammes schloß mit einer Mittagstafel der Domkapitulare in der Wohnung des Wahlkommissars¹⁰¹.

⁹⁹ Suer an Spiegel 7. 6. 1825: StM, Sp. N. 229; Archiv Westerwinkel, Nachlaß A. F. Merveldt: Liste der Mitglieder des Domkapitels. Danach haben am 4. 6. alle residierenden Domkapitulare ihren Besuch beim Wahlkommissar abgestattet.

¹⁰⁰ C. M. Droste-Vischering an Spiegel 30. 5. 1825: StM, Sp. N. 243.

¹⁰¹ Original des Beglaubigungsschreibens: BAM, Generalvikariat I, Bischöfe A 21; auch StM, Oberpräsidium 1938 II (Abschrift); Archiv Westerwinkel, Nachlaß A. F. Merveldt: Protokoll der Verhandlungen bei der Wahl eines Münsterischen Bischofs 13. und 15. 6. 1825; Protokoll des Domkapitels: BAM, Domarchiv I, Bischöfe A 14.

Die Feierlichkeit des 15. Juni begannen um 8 Uhr mit einer vom Weihbischof zelebrierten Wahlmesse, an der auf einem Prunksessel im Chor auch der Vertreter des Königs teilnahm. Anschließend zog er sich mit seinem Gefolge in die „Decanal-Curie“ zurück, während sich die vollzählig versammelten Wahlherren zum feierlichen Akt ins Kapitelhaus begaben. Unter dem Vorsitz des Dompropstes wurden die Zeugen und Skrutatoren gewählt und die vorgeschriebenen Eide abgelegt. Zur Wahl „per scrutinium“ stiegen die Domherren der Rangfolge nach und einzeln in das über dem Kapitelsaal gelegene — und als Archiv benutzte¹⁰² — Gemach. Hier fielen zehn Stimmen auf Weihbischof Caspar Max von Droste zu Vischering, drei auf den Kölner Erzbischof Spiegel (vermutlich Suer und zwei seiner Anhänger) und eine auf Franz Otto Droste zu Vischering (wahrscheinlich die Stimme des Gewählten). Im Auftrag der Wahlversammlung teilte Zurmühlen gegen 11 Uhr Kommissar v. Merveldt das Ergebnis mit und bat um die königliche Zustimmung und die Erlaubnis zur Proklamation, welche sofort erteilt wurden¹⁰³.

VI. RÖMISCH-DEUTSCHER PROTEST GEGEN DIE PREUSSISCHE NOMINATIONSPOLITIK

Die Haltung des Heiligen Stuhles zu den Bischofswahlen in Preußen wurde bisher in der Literatur — wenn überhaupt — als ein „Dissimulieren“ gegenüber den staatlichen Eingriffen gedeutet¹⁰³.

¹⁰² Vgl. Gedrucktes Wahlprogramm 15. 6.: Archiv Westerwinkel, Nachlaß A. F. Merveldt: Protokoll der Verhandlungen vom 15. Juni; Instrumentum electionis (Es liegt in zweifacher Ausfertigung vor, einmal ohne und einmal mit (... magis in extenso) Erwähnung des Dazwischenkommens des Wahlkommissars). Welche Fassung nach Rom abgeschickt wurde, läßt sich aus den Münsterer Archivalien nicht feststellen, vermutlich aber das ohne die Nennung des Wahlbevollmächtigten. Vgl. auch Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei (zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeineren Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815—1914), Bd. I, Köln 1928, S. 307.

¹⁰³ So zuletzt: Friedrich Keinemann, Trierer Bischofswahl (1836—1842), Vorgänge und Problematik, in: Trierisches Jahrbuch 12 (1972), S. 103—117; Rudolf Lill, Reorganisation und Staatskirchentum in den Ländern des Deutschen Bundes und der Schweiz, in: Handbuch der Kirchengeschichte, hrsg. von Hubert Jedin, Bd. VI, 1 (Die Kirche der Gegenwart, die Kirche zwischen Revolution und Restauration), Freiburg 1971, S. 160—173, bes. 167; ders., Beilegung der Kölner Wirren, S. 117; Trippen, Erzbischofswahlen, S. 516; Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. II (Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830—1850), Stuttgart 1960, S. 447 f.

Doch bereits bei der ersten Besetzung nach der Zirkumskriptionsbulle in den westlichen Diözesen, zu denen de jure auch Breslau gehörte, der „Wahl“ Bischof Schimonskys am 16. Oktober 1823, hatte man in Rom an dem unkanonischen Eingreifen der Regierung Anstoß genommen. Auf Vermittlung des preußenfreundlichen Prälaten Mazio, der die Beeinflussung der Domkapitulare für „unvermeidlich“, aber „unbedenklich“ hielt, wurde die Wahl dann doch vom Papst bestätigt. Der Gesandte Bunsen glaubte darin ähnlich wie in den Vorverhandlungen zur Neuordnungsbulle die Tatsache zu erkennen, „daß nichts dem Römischen Hofe härter und bedenklicher vorkommt, als direkt und mit voller, ausgesprochener Kenntnis etwas zu sanctionieren, was streitige Prinzipien über die Grenzen der weltlichen und geistlichen Macht angeht“¹⁰⁴. Die in diesem Zusammenhang von Mazio erteilten Ratschläge für die Gestaltung des Wahlzeremoniells scheint man sich in Berlin zu Herzen genommen zu haben. Sie sind wohl auch ein Grund dafür gewesen, daß die Regierung bei dem Münsteraner Wahlgeschäft von 1824 — und späteren Wahlen — so auf dem Breslauer Wahlzeremoniell beharrte¹⁰⁵.

Auf Anweisung des Kardinal-Staatssekretär della Somaglias hatte sich Ciamberlani vom Münsteraner Dompropst das Beglaubigungsschreiben für den Wahlkommissar und den Text seiner Rede an das Kapitel in Abschrift besorgt. In seinen Berichten vom 25. April und 28. August nach Rom kritisierte er, daß auf Münster keine besondere Rücksicht genommen worden sei, sondern nur die zufällige Verhinderung des nichtkatholischen Oberpräsidenten Vincke Veranlassung zur Stellvertretung durch den katholischen Grafen v. Merveldt gegeben habe. Seiner Auffassung nach habe im Reich der Kaiser zur Wahl der Bischöfe nur Kommissare geschickt, weil die Fürstbischöfe zugleich auch Fürsten gewesen seien. Jetzt aber hätten die Domkapitel nach Bulle und Breve die volle Wahlfreiheit ohne „die mindeste Dazwischenkunft des Königs“. Außerdem sei in Münster bekannt geworden, daß der Wahlkommissar die geheime Weisung erhalten habe, Droste, falls er gewählt würde, sofort die Zustimmung zu geben. „Wenn die Wahl jedoch auf einen anderen fallen werde, so solle er zuerst nach Berlin schreiben und die Genehmigung des Königs abwarten.“ Der italienische Prälat hielt dieses Vorgehen für

¹⁰⁴ Einzige Quelle dafür: Bericht des preußischen Gesandten Bunsen an Außenminister Bernsdorff 25. 1. 1824: Friedberg, Bischofswahlen, S. 221—224. Zu Christian Karl Josias Freiherr von Bunsen (1791—1860), 1816—1838 Gesandter beim Hl. Stuhl, wurde im Rahmen der Kölner Wirren abgelöst, dann in anderen diplomatischen Missionen tätig, vgl. Walter Bußmann, Art. C, K. J. von Bunsen, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. III (Berlin 1957), S. 17 f.

¹⁰⁵ Vgl. Instruktion an den Wahlkommissar 13. 5. 1825: S. 93 f. Anm. 96 und 98.

eine „unrechtmäßige Anmaßung eines akatholischen Fürsten, um die Kirche so leichter zu unterdrücken“. Da Ciamberlani trotz seiner guten Beziehungen zu manchen Domherren nichts von der „Einzelbearbeitung“ der Kapitulare erfahren zu haben scheint, schlug er nur einen allgemeinen Protest gegen die Mißbräuche vor¹⁰⁶.

Auf diese Nachrichten aus Münster hin veranlaßte der Kardinalstaatssekretär, eine Protestnote an den preußischen Geschäftsträger vorbereiten zu lassen, die Ciamberlanis Vorwürfe im wesentlichen aufnahm. Droste-Vischering, dessen Verdienste man kannte, werde ohne Beanstandung bestätigt, „um von den Gläubigen jeden Schaden fernzuhalten“. Einige Umstände, die diese Wahl begleitet hätten, wie das Dazwischenkommen des Wahlkommissars, sein mögliches Placet etc. „könnten unter keinem Vorwand geduldet werden“. Nach ausführlicher Darlegung der Übergriffe sollte Bunsen gebeten werden, dies dem König zur Kenntnis zu bringen, in der Hoffnung, „einen Block von Handlungen, der so wesentlich die Grenzen der so glücklich abgeschlossenen Vereinbarung überschreitet, nicht mehr zu sehen zu bekommen“¹⁰⁷.

Caspar Max wurde zwar am 17. Dezember 1824 von Papst Leo XII. (1823—1829) bestätigt, aber die Protestnote wurde in Rom zurückbehalten¹⁰⁸. Bastgen kennt dafür keine Gründe, Grisar vermutet den Einfluß des Preußenfreundes, Unterstaatssekretär Capaccini¹⁰⁹. Wie schon bei der Breslauer Wahl von 1823 scheint man in Rom eine „Appeasement“-Politik für den ruhigen Wiederaufbau der Kirche in Preußen für besser gehalten zu haben. Zudem tat das Placet der Regierung seine Wirkung, so daß das volle Ausmaß der staatlichen Eingriffe in das kirchliche Leben an der Kurie nicht be-

¹⁰⁶ Berichte Ciamberlanis vom 25. 6. und 24. 8. 1825: Bastgen, Besetzung, S. 212—214. Zu Giulio Maria della Somaglia (1744—1830), 1823—1828 Kardinalstaatssekretär vgl. Emma Santovito, in: *Enciclopedia cattolica*, Bd. IV (Città del Vaticano 1950), Sp. 1382 f.

¹⁰⁷ Entwurf der Note (o. D.) bei: Bastgen, Besetzung, S. 213—216.

¹⁰⁸ *Hierarchia catholica* Bd. VII, S. 269; Bastgen, Besetzung, S. 216.

¹⁰⁹ Vgl. Bastgen, Besetzung, S. 216; Joseph Grisar, *Die Allokution Gregors XVI.* vom 10. Dezember 1837, in: *Gregorio XVI.-Miscellanea Commemorativa*, Seconda Parte (*Miscellanea Historiae Pontificiae*, Vol. XIV), Rom 1948, S. 441—560, bes. 487.

Zu Francesco Capaccini (1784—1845), 1815 Sekretär Consalvis, 1831 Substitut des Staatssekretariates, vgl. Grisar, *Allokution*, S. 460, 487; und Lill, *Beilegung der Kölner Wirren*, S. 26 Anm. 10. Zu seiner Tätigkeit in Deutschland vgl. Hubert Bastgen, *Forschungen und Quellen zur Kirchenpolitik Gregors XVI.* (im Anschluß an die Berichte des Prälaten Capaccini aus Deutschland im Sommer 1837) (*Veröffentlichungen zur Kirchen- und Papstgeschichte der Neuzeit*, hrsg. von der Görresgesellschaft, Bd. I), 2 Bde, Paderborn 1929.

kannt geworden zu sein scheint. In Anbetracht der „persona grata“ Droste-Vischering und von vier Gegenstimmen wollte Rom die Übereinkunft mit Friedrich Wilhelm III. nicht gefährden.

Erst nachdem sich seit 1832 die Berichte der Nuntien über die Unterdrückung der Kirche in Preußen und die Verletzung des Bischofswahlrechtes häuften, griff man in einem geänderten Klima an der Kurie auf die Münsteraner Note von 1825 zurück. Ähnliches über den unkanonischen Einfluß auf die Wahl von Caspar Max wie Ciamberlani hatte auch der Wiener Nuntius Ostini erfahren¹¹⁰. Aus den gleichen Prinzipien, die Papst Gregor XVI. (1831—1846) und seinem Staatssekretär Lambruschini den Ruf von Reaktionären einbrachten, wurden sie auch zu unbeugsamen, aber doch geschmeidigen Verteidigern der kirchlichen Unabhängigkeit vom Staatskirchentum¹¹¹.

Wie das Beispiel Münster und die Untersuchungen über Köln, Paderborn und Trier zeigen, versuchten die preußische Regierung und Friedrich Wilhelm III., Kultusminister Altenstein und der zuständige Oberregierungsrat Schmedding, die in den östlichen Diözesen geübte Praxis des Staatskirchentums auf die Kölner Kirchenprovinz zu übertragen. In dieser restaurativen Kirchenpolitik beanspruchte der Staat die alleinige Initiative für das Wahlgeschäft und handhabte das in der Bulle zugestandene negative Ausschließungsrecht als positive Nomination¹¹². Trotz des ohnmächtigen Widerstandes der betroffenen Domkapitel konnte Preußen diese Kirchenpolitik in den neuen Diözesen bis zum Ende der dreißiger Jahre durchsetzen. Sie scheiterte im Rahmen der sog. Kölner Wirren, speziell dem Trierer Wahlstreit von 1839—1842¹¹³.

Mit der Appellation der jüngeren und „ultramontanen“ Trierer Kapitulare an Rom und der römischen Protestnote des Jahres 1836 war zum ersten Mal der in den siebziger Jahren während des Kulturkampfes von Bismarck so gefürchtete Brückenschlag zwischen preußischer Hierarchie und Katholiken mit dem „auswärtigen“ Papst

¹¹⁰ Nuntius Pietro Ostini 12. 6. 1833: Grisar, Allokution, S. 486 f; Bastgen, Besetzung, II, S. 70—73; Hubert Bastgen, Der Zustand des Katholizismus in Preußen im Jahre 1833 (Nach einem durch den Wiener Nuntius eingeschickten Gutachten), in: Römische Quartalschrift 31 (1923), S. 168—184, bes. § 8; ders., Vatikanische Aktenstücke aus den Jahren 1835/36 zum Beginn des Konfliktes zwischen der katholischen Kirche und Preußen, ebenda 33 (1925), S. 111—149, bes. 116 f; 124 f, 145—147.

¹¹¹ Vgl. Roger Aubert, Gregor XVI., in: Handbuch der Kirchengeschichte (wie Anm. 103) S. 311—319.

¹¹² Erste Ansätze dazu: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, S. 447.

¹¹³ Vgl. dazu zuletzt: Keinemann, Trierer Bischofswahlen, passim.

zustande gekommen. Die Unterstützung des Papstes schützte die preußischen Kapitel gegen die als rechtswidrig und der Kirche wezensfremd empfundene Einflußnahme und war zugleich ein Schritt auf dem Wege vom Staatskirchentum und Resten des Episkopalismus zur größeren Autonomie und Rom-Orientierung der preußischen Katholiken des 19. Jahrhunderts.

In der päpstlichen Protestnote vom 15. März 1836, die nach Angaben von Bastgen auf der für Münster gedachten Vorlage des Jahres 1825 beruht, wurde noch einmal die kanonische Rechtsform des Jahres 1821 mit vorhergehendem negativen Ausschließungsrecht als einzig gültig dargestellt und eine fortwährende Verletzung durch unerlaubte Eingriffe beklagt¹¹⁴. Nach dem Sturz des den Preußen gewogenen Unterstaatssekretärs Capaccini im Herbst 1836 steuerten die kirchenpolitischen Spannungen ihrem Höhepunkt in den Kölner Wirren zu. Diese überschatteten den Streit um das Bischofswahlverfahren, wie am Fall Trier deutlich wurde.

Der Tod König Friedrich Wilhelms III. (7. 6. 1840) leitete eine entscheidende kirchenpolitische Wende ein. Nach der zuletzt von Lill ausführlich dargestellten Beilegung der Kölner Wirren schlug der Thronfolger Friedrich Wilhelm IV. (1840—1861) persönlich eine größere Freiheit für die Bischofswahlen vor. Zur Vermeidung von Konflikten sollte künftig das bereits in den Vorverhandlungen zur Zirkumskriptionsbulle ins Auge gefaßte Listenverfahren in der ganzen Monarchie angewandt werden¹¹⁵. Damit war die Übertragung der altpreußischen Nominationspraxis auf Münster und die anderen Bistümer der neuen Provinzen gescheitert. Zugleich wurde den Domkapiteln das in Breve und Bulle von 1821 zugesicherte Bischofswahlrecht erneut bestätigt und der Modus des Ausschließungsverfahrens (Vorwahl und Einreichen einer Liste nach Berlin) näher präzisiert¹¹⁶. So war auch für das Münsteraner Domkapitel die Zeit direkter staatlicher Einflußnahme zu Ende, längst aber waren nicht alle Probleme der Bischofswahl gelöst.

¹¹⁴ Hubert Bastgen, Die Note der Kurie an Bunsen vom 15. März 1836, in: Römische Quartalschrift 35 (1927), S. 413—427, bes. S. 424; auch Grisar, Allokution, S. 494—509.

¹¹⁵ Vgl. Grisar, Allokution, S. 527—529.

¹¹⁶ Vgl. Lill, Beilegung der Kölner Wirren, S. 123 ff.